

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.22 - 60. Jahrgang

13. November 2010



## Fluglärm: Klaus Wowereit beim Demo-Zug

„Ich habe hohen Respekt vor Ihrem Protest, denn er ist berechtigt“, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit auf der Kundgebung von Fluglärmgegnern in Lichtenrade. Aus Sicht des Senats seien die von der Flugsicherung vorgelegten Routen inakzeptabel. Es gehe darum, die Lärmbelästigung für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.

Klaus Wowereit stellte sich auch Kritik auf der Versammlung. Allerdings liegt die Zuständigkeit für die Flugsicherung, die die Routen bestimmt, beim Bundesverkehrsministerium. „Deshalb ist Ihr Protest auch so wichtig. Sie unterstützen auch unsere Position damit“, betonte Wowereit. Der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner habe für ihn Vorrang: Wenn es um Gesundheit und Sicherheit der Menschen gehe, seien ökonomische Belange von Fluggesellschaften nachrangig. **BS □**

## 120 Jahre Freie Volksbühne

Am 21. November 2010 ab 14.00 Uhr begeht die FVB in Kooperation mit der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz ihr 120. Jubiläum (siehe BS 17 -2010). Die Festrede hält um 14 Uhr Barbara Kisseler, Chefin der Senatskanzlei. Um 15.30 Uhr findet die Eröffnung der Wanderausstellung „120 Jahre Volksbühnenbewegung“ statt. Am Abend ist die Inszenierung „Der Kaufmann von Berlin“ zu sehen. **□**

Landesparteitag:

## Stadt der Zukunftsindustrien

Anträge zu innovativer Wirtschaft und Daseinsvorsorge

**Mehr Arbeitsplätze, starke innovative Branchen, die Kombination von Wissen und Kreativität: Berlin ist in der Wirtschaftspolitik auf einem guten Weg. Auf ihrem Landesparteitag will die Berliner SPD jetzt die Weichen stellen, um Berlin noch weiter zu entwickeln - „zur Hauptstadt einer nachhaltig wachsenden Wirtschaft und Ressourcen sparender, innovativer Zukunftsindustrien“.**

Dazu hat der SPD Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit einen Antrag vorgelegt, der die Chancen einer neuen „nicht-qualmenden“ Industrie für Berlin beschreibt und neue Wege zu Arbeitsplätzen in zukunftssträchtigen Umwelttechnologien (Green economy), im Gesundheitssektor, oder in der Kreativwirtschaft eröffnet. Aus dem Rohstoff „Wissen“ sollen neue Produkte entstehen. Für die Fachausschussvorsitzende Barbara Loth ist klar: „Die SPD ist immer dann stark, wenn es Vertrauen in ihre ökonomische Kompetenz gibt und diese glaubwürdig mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird.“

Neben der Debatte um die Schaffung



Transparenter Veranstaltungsort: Im Dahlem Cube tagt an diesem Sonabend der SPD-Landesparteitag. Foto: Viertlböck/Promo

neuer Arbeitsplätze befasst sich die Berliner SPD auf ihrem Parteitag mit dem Thema Daseinsvorsorge, also der Absicherung der existenziellen Bedürfnisse wie Wohnen, Gesundheit, Energieversorgung oder Mobilität. Der SPD geht es dabei um bürgernahe und bezahlbare Leistungen. Starke öffentliche Unternehmen sind ein wichtiger Grundpfeiler dafür. Beides zusammen - mehr Arbeitsplätze und bessere Daseinsvorsorge - sorgt für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt. **siehe S. 3 und 7**

## „Freiheit durch soziale Sicherheit“

SPD legt ihr Konzept der Bürgerversicherung vor

**Die SPD setzt ihr Konzept einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen gegen die Pläne von Bundesminister Rösler, die etwa durch Erhebung von Kopfpauschalen und durch Aushebelung der paritätischen Finanzierung die Säulen der gesetzlichen Krankenversicherung zerstören.**

„Mehr Freiheit durch soziale Sicherheit“ – das sei der Leitgedanke, unter dem die Bürgerversicherung von einer Projektgruppe der SPD unter Leitung von Andrea Nahles erarbeitet wurde. Gefordert wird darin ein einheitliches System der Krankenversicherung mit einer einheitlichen Vergütungsordnung für Ärzte. Auf diesem Weg

soll das Gesundheitssystem wieder solidarisch aufgestellt werden. „Wir brauchen

### IN DIESER AUSGABE:

WASSERVERTRÄGE ÖFFENTLICH	S. 3
FRAUEN AN DIE SPITZE	S. 5
SEW OHNE EINFLUSS	S. 12
PAUL GLASERS KREUZBERG	S. 16

Ärzte dort, wo sie tatsächlich gebraucht werden“, betonte Nahles. Es sei nicht akzeptabel, dass sich Ärzte vorrangig dort niederließen, wo eine hohe Anzahl privat versicherter Patienten zu erwarten sei.“ Die SPD will bei einem Wahlerfolg die schwarzen Reformen rückgängig machen. **BS □**

# Noch ohne Inhalt

## Künast-Kandidatur als Kampf um Richtlinienkompetenz

**Wenn irgendwo im Internet eine neue Adresse eingerichtet wird - eine sogenannte „Präsenz“ entsteht -, dann findet man dort in der Regel zuerst das Bild eines Baustellenschildes mit dem Hinweis „Hier wurden noch keine Inhalte hinterlegt“. So ähnlich präsentierte sich die grüne Spitzenkandidatin Renate Künast am Montag vor der Berliner Presse. Sie zeigte Präsenz, aber keine Inhalte.**

Ihre Kandidatur, immerhin das Ergebnis eines mit zehn Monaten nicht gerade knappen Nachdenkprozesses, hatte sie am Freitag zuvor erklärt. Die Grünen nominieren sie dann auch noch ordentlich auf einer Mitgliederversammlung. Aber welche inhaltlichen Ideen mit dieser Kandidatur verbunden werden, war offenbar in den zehn Monaten des Nachdenkens kein Thema. So reduziert die grüne Spitzenkandidatin die Auseinandersetzung auf die Frage, ob Klaus Wowereit oder sie die Richtlinienkompetenz bekommen. Falls sie sie nicht bekommt, auch daran ließ sie keinen Zweifel, wird sie dem Senat nicht angehören, dann vertritt sie Berlin weiter im Bundestag.

Auf der Pressekonferenz präsentierte sich keine dynamische Kandidatin, der es um die Sache geht. Das zeigte sich bis hinein in ihre Formulierungen. Nach ihrer Nominierung werden die Grünen „systematisch weiterarbeiten“, ein Wahlprogramm im Frühjahr vorlegen, die Kandidatenvorstellung vornehmen, „irgendwie kommt dann auch die heiße Phase“, bis zum 18. 9. werden sie das „abarbeiten“. Der Wahlkampf als Pflichtveranstaltung, um aus den guten Umfrageergebnissen Mandate zu machen?

Die wenigen Aussagen, auf die sich die Kandidatin einlässt, lösen eher neue Fragen aus. Woher sollen die versprochenen 100.000 Arbeitsplätze kommen? Da gebe es Studien, man könne das hochrechnen, sagt die Kandidatin. Eine Verdopplung der 40.000 Jobs in der Green Economy, den Umwelttechniken, sei möglich. Die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze ist aber kein originär grünes Thema: Die Berliner SPD hat es auf zwei wirtschaftspolitischen Parteitag in Adlershof beraten, eine Ideenkonferenz im Juni führte Expertinnen und Experten zusammen, ein industriepolitischer Antrag wird auf dem Landesparteitag am Sonnabend beraten. Und beim Regierenden Bürgermeister ist ein Steuerungskreis „Industriepolitik“ eingerichtet worden.

Dass die Kandidatin ausgerechnet in Berlin einen Bedarf an Kitaplätzen aus-



*Begegnungen: Klaus Wowereit und Renate Künast.*

macht, irritierte ebenfalls. Sie relativierte das deshalb: „Selbst in Berlin gibt es noch eine Unterversorgung.“ Und sie will nun ganz wie die SPD - in Qualität investieren.

Die von ihr wieder ins Gespräch gebrachte Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern, verwundert zuallererst die Grünen, die eigentlich gegen die Verschiebung der Pensionslasten in die Zukunft sind. Für Renate Künast ist der Vorschlag jedoch ein Zeichen, auch „über den eigenen Schatten zu springen“, wenn es darum gehe, im Kampf um die guten Lehrerinnen und Lehrer zwischen den Bundesländern zu bestehen.

Während einige der Vorschläge neue Kosten verursachen, hielt sich die grüne Spitzenkandidatin bei Einsparungen bedeckt. Hier werde noch intensiv diskutiert, zum Wahlprogramm im Frühjahr versprach sie ein Haushaltskonzept.

Die größten Schnittmengen sieht Renate Künast - trotz aller Angebote von CDU und Linkspartei - mit der SPD. Die innerhalb der Berliner Grünen angestoßene Debatte, ob nicht die kleingeschrumpfte CDU der bequemere Koalitionspartner für sie sei, griff sie zwar nicht auf, machte aber deutlich: Die Grünen gehen ohne festgelegte Koalitionsaussage in die Wahl. Und: „Die Grünen wollen regieren.“

Die Berliner Umfrageergebnisse der Grünen - die bei den Instituten allerdings auch sehr unterschiedlich ausfallen - haben viel mit dem bundespolitischem Rückenwind zu tun. Beim Zustrom aus dem bürgerlichen Lager ist nun ein erster Knick erkennbar.

Eine stabile SPD auf Bundesebene kann mit Verlässlichkeit und überzeugenden Konzepten dazu beitragen, dass vor allem die ins Nichtwählerlager abgewanderten SPD-Anhänger wieder zurückkehren. Klaus Wowereit hat sein Ziel beschrieben: Die Berliner SPD wolle ein Berlin des Miteinanders. Es geht um Ausgleich, Gerechtigkeit, und Teilhabe aller - die eigentlichen „Markenkerne“ der SPD. **U. H. □**

## POLITIK PERSÖNLICH

**Nikolaus Sander (67)** ist auf der Mitgliederversammlung des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie am 3. November 2010 zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Er ist Nachfolger von Winfried Sühlo, der dem Verein seit der Gründung im Jahr 2001 vorstand. Winfried Sühlo, ehemaliger Berliner Kultur-Staatssekretär, wird seine Erfahrungen künftig als Beisitzer im Vorstand zur Verfügung stellen.

Nikolaus Sander gehörte dem Vorstand des Kulturforums seit 2001 als Schatzmeister an. Von 1989 bis 1999 war er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. In der Umbruchphase nach dem Fall der Mauer und der Vereinigung der beiden Stadthälften gestaltete er wesentlich die Kulturpolitik der Berliner SPD mit. Als Vorsitzender des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie will er die Gespräche zwischen Kultur und Politik intensivieren. „Das Kulturforum will zudem stärker zum Dialog mit den und zwischen den in Berlin vertretenen 180 unterschiedlichen Kulturen beitragen“, erklärte Sander.

Als stellvertretende Vorsitzende des Kulturforums wurden **Brigitte Lange**, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, und **Eckhardt Barthel**, ehemaliger kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, im Amt bestätigt.

**Günther Krug**, Marzahner SPD-Abgeordneter, ist zum neuen Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion des Kongresses der Gemeinden und Regionen (KGR) gewählt worden. Seit 2002 ist Krug der vom Abgeordnetenhaus gewählte Vertreter Berlins im Kongress. Die Aufgabe des Kongresses ist es, den Gemeinden und Regionen mehr Stimme und Gewicht zu geben, die Demokratie vor Ort zu entwickeln und die Subsidiarität zu sichern. Dem Kongress in Straßburg gehören 318 Vertreterinnen und Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aus 47 Ländern an. **BS □**

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Wirtschaft:

# Berlin - Aufsteiger des Jahres

## Wirtschaftskraft wächst - mehr zukunftsträchtige Industriearbeitsplätze

**Berlin boomt. Beim jüngsten Ranking des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts zur wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit von 30 deutschen Städten hat sich das sichtbar niedergeschlagen. Berlin kletterte von Platz 24 auf 8 und ist damit „Aufsteiger des Jahres“.**

Die Ergebnisse des Rankings sind Ermutigung und Bestätigung für die Wirtschaftspolitik des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit. „Der Wachstumsmotor in der Hauptstadt ist also angesprungen, die Standortvorteile Internationalität, Bildung und Erreichbarkeit haben sich seit dem Ranking 2008 weiter verbessert und kommen zum Tragen“, stellt das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut fest. „Seit 2005 sind hier 123.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden – so viele wie in keiner anderen deutschen Stadt.“ Berlin ist dank der geschaffenen Strukturen gut durch die Krise gekommen. Die Stadt zeichnet sich durch eine hohe Bevölkerung- und Arbeitsplatzdynamik aus und weist günstige demografische Prognosen auf.

Als „sichtbaren Erfolg unserer Wirt-



Aufsteigerstadt: Berlin - Potsdamer Platz.

schaftspolitik für Berlin“ hat der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller die neuen Arbeitsmarktzahlen bezeichnet. „Wir haben mit der aktuellen Arbeitslosenquote den niedrigsten Wert in einem Oktober seit 15 Jahren erreicht“, so Müller. „Seit 2006 sind in Berlin über 100.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Das ist ein Zuwachs von rund 10 Prozent, deutschlandweit sind es ca. 5 Prozent.“

„Der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen haben für uns Priorität“, erklärte Müller. „Dazu zählt auch die Ansiedlung und die Stärkung der Industrie in der Hauptstadt.“

Die Auftragseingänge in der Industrie haben in den letzten Monaten deutlich zugenommen, im Juli beispielsweise um 23,0 Prozent. Berlin nimmt insbesondere eine starke Position bei den neuen und zukunftsträchtigen Wirtschaftszweigen wie in der Energie- oder Gesundheitswirtschaft ein. Mit einem Anteil an der Beschäftigung in diesen Bereichen von 5,1 Prozent liegt Berlin im Städtevergleich bundesweit an der Spitze und weit vor Hamburg (3,7 Prozent) und München (2,4 Prozent). Diese gute Entwicklung im Bereich der Industrie zahlt sich auch bei den Arbeitsplätzen aus.“

Die Berliner SPD, so Michael Müller, kämpfe um jeden Arbeitsplatz für die Berlinerinnen und Berliner, im Handwerk, im Bereich der Dienstleistungen und in der Industrie. Auch auf dem Parteitag am heutigen Sonntag werden industrielle- und wirtschaftspolitische Strategien ein politischer Schwerpunkt sein. **BS □**

## Transparenz bei Wasserverträgen

### Müller: Gewinn Garantien zugunsten der Verbraucher ändern

**Die vollständige Offenlegung der Wasserverträge durch die privaten Anteilseigner der Wasserbetriebe hat der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller als „großen Verhandlungserfolg“ des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit bezeichnet. „Die Offenlegung war ein wichtiges politisches Anliegen der SPD,“ so Michael Müller.**

Die gesamten Verträge können damit von allen Berlinerinnen und Berlinern im Internet eingesehen werden. „Im Bereich der Daseinsvorsorge hat Transparenz eine besondere Bedeutung“, so der SPD-Vorsitzende. „Aus diesem Grund haben wir auch das Informationsfreiheitsgesetz geändert, das für zukünftige Verträge in diesen Bereichen die Offenheit grundsätzlich vorschreibt und nun auch die rechtliche

Grundlage für die Offenlegung der Wasserverträge war.“ Auf diesem wichtigen Schritt der Offenlegung aufbauend wird der Regierende Bürgermeister weitere Verhandlungen mit den privaten Anteilseignern über eine Neugestaltung der Verträge führen, erklärte Müller. „Insbesondere die Gewinn Garantien für die Privaten wollen wir zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher verändern.“

Die SPD habe das Ziel, den Einfluss des Landes auf die Wasserbetriebe und die Wasserversorgung auszubauen, so Müller. „Dazu zählt natürlich auch, dass wir die Möglichkeit des Rückkaufs von weiteren Anteilen bzw. der gesamten Anteile der Privaten an den Wasserbetrieben in den Verhandlungen weiter verfolgen. Sofern sich diese Möglichkeit des Rückkaufs zu machbaren Konditionen in den Verhandlungen bietet, wollen wir diesen Weg einschlagen. Schließlich ist Wasser ein elementares und wichtiges Gut für jede Berlinerin und jeden Berliner, wir sind alle darauf angewiesen. Deshalb muss es auch von der öffentlichen Hand kontrolliert werden.“ **PM □**

➡ <http://www.berlin.de/sen/finanzen/vermoeigen/beteiligungen/berlinwasser.html>

## „Konsolidierung fortsetzen“

### Wowereit: Keine Entwarnung nach Steuerschätzung

**Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hält trotz einer erfreulichen Tendenz in der neuen Steuerschätzung am Konsolidierungskurs des Senats in der Finanzpolitik fest.**

„Ich freue mich über die verbesserte Einnahmesituation“, sagte Wowereit, schränkte aber ein: „Die jetzt zu erwartenden Steuereinnahmen bedeuten lediglich ein Absenken der Neuverschuldung, aber noch lange keine Entwarnung. Das Land muss zusätzlich zur Gesamtverschuldung von

mehr als 60 Milliarden Euro nach wie vor neue Kredite in Milliardenhöhe aufnehmen.“

Der Senat habe über die Jahre unter Beweis gestellt, dass politische Gestaltung auch unter schlechten finanziellen Bedingungen möglich sei. Wowereit: „Die Bürgerinnen und Bürger wissen das, obwohl wir allen Lasten und Einschränkungen zugemutet haben und auch in Zukunft weiter zumuten werden. Klar ist aber dabei, dass es dabei sozial gerecht zugeht.“ **BS □**

Kultur:

# „Die Vielfalt macht Berlin aus“

## Klaus Wowereit beim SPD-Kulturforum: Pladoyer für Offenheit und Liberalität

**Berlins Kulturszene tut der Stadt gut - auch im internationalen Wettbewerb. Weltweit werde die deutsche Hauptstadt mit Offenheit und Kreativität verbunden. Ein Erfolg der vergangenen Jahre, den es auszubauen gilt, wie Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit in einer Rede vor dem Berliner SPD-Kulturforum deutlich machte. Längst ist die Kultur für Berlin auch ein „harter Wirtschaftsfaktor“.**

In seiner gut einstündigen Rede, zu der das SPD-Kulturforum in die Bremer Landesvertretung geladen hatte, beleuchtete Wowereit nahezu alle Facetten der Berliner Kulturlandschaft. Gerade diese Vielfältigkeit macht die Stadt aus, und sie führt auch dazu, dass sich die unterschiedlichen Bereiche gegenseitig befruchten, so der Regierende Bürgermeister, der seit 2006 zugleich das Kulturressort leitet. Städte und Gemeinden brauchen aber auch die finanziellen Spielräume, um die Vielfalt ihrer Kultur zu erhalten. Hier sei die Bundesregierung in der Pflicht, so Wowereit, der vor einem Wegbrechen der Gewerbesteuer warnte.

Auch die Kultureinrichtungen selbst müssten effektiv arbeiten. Hier sei in Berlin in den vergangenen Jahren ein Mentalitätswechsel sichtbar geworden, sagte Wowereit, es seien „Ressourcen gehoben“ worden. Die Erfolge in Bildung und Kultur zeigen sich in Städtevergleichen wie zuletzt in dem des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, wo Berlin von Platz 24 auf Platz 8 sprang.

Gerade Berlin Offenheit und Liberalität zieht Künstler aus aller Welt an und bietet ihnen Entwicklungsmöglichkeiten. Angesichts dessen beklagte Klaus Wowereit eine Integrationsdebatte, die derzeit eher auf Stammtischniveau geführt werde. Hier wünscht er sich mehr öffentliche Einmischung: „Wo bleibt denn da der intellektuelle Aufschrei?“ Wowereit warnte davor, Kulturen abzuschotten und keine Einflüsse von außen zuzulassen. Berlin biete den kulturellen Background aus 180 Nationen. „Warum soll man die eigene kulturelle Identität nicht pflegen?“ Die gegenseitigen Anregungen sieht Klaus Wowereit als Chance, dass eine neue, gemeinsame kulturelle Identität entsteht.

Die aktuelle Debatte nutzte Klaus Wowereit auch, um auf die Bedeutung der Erinnerungskultur hinzuweisen. Die Gedenkstättenkonzepte hätten sich bewährt, die Topographie des Terrors erlebe einen Besucheransturm, die Mahnmale in der Stadt zeigen die gebrochene Geschichte. Es sei



Klaus Wowereit sprach vor rund 200 Besuchern beim Berliner SPD-Kulturforum.

wichtig, so Wowereit, dass auch „die dunkle Seite der Geschichte hier sichtbar“ werde. „Ich bin stolz, in einer Stadt zu leben, die sich damit auseinandersetzt.“

Auch das Konzept der Mauergedenkstätte sei aufgegangen. Rückblickend könne man zwar sagen, dass vielleicht unter touristischen Gesichtspunkten mehr Mauerstücke hätten erhalten werden sollen, sagte Wowereit. Aber er erinnerte zugleich an die Stimmung des Jahres 1989: „Ich war zufrieden, dass die Mauer entfernt wurde.“

### „EINE GROSSE WUNDE“

Mit der Museumsinsel hat Berlin in seiner Mitte ein Weltkulturerbe, an dessen Instandsetzung auch Berlin großen Anteil hatte. Jetzt sei es Aufgabe des Bundes und der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, dies weiterzuentwickeln. Das Pendant zur Museumsinsel, das künftige Humboldtforum, sei noch „eine große Wunde“ in der Stadt. Klaus Wowereit bekannte sich dazu, für eine moderne Fassade eingetreten zu sein. „Aber man muss die Debatte auch einmal zu Ende bringen.“ Er warnte davor, die mit Mehrheit in der Kommission und im Bundestag getroffenen Entscheidungen nun angesichts einer Verschiebung des Baubeginns erneut in Frage zu stellen. Allerdings bezweifelte er auch, dass die Verschiebung tatsächlich einen Spareffekt habe. So koste ein Bau der U-Bahn ohne gleichzeitige Fertigstellung einer Bodenplatte 30 Millionen Euro mehr.

Ob die Opernstiftung, das Dach für Staatsoper, Komische Oper und Deutsche Oper, der Weisheit letzter Schluss sei, wisse er nicht, räumte Klaus Wowereit ein. Allerdings sei klar, dass es ohne sie heute keine drei Opernhäuser mehr in der Stadt gebe. Der Regierende Bürgermeister wies auf die großen Investitionen hin, mit denen die Staatsoper saniert werde und mit dem Schillertheater eine Spielstätte mit hohem technischen Niveau geschaffen werde, die



Staatssekretär André Schmitz und die Schriftstellerin Inge Deutschkron.

auch nach dem Umbau der Oper Unter den Linden für Produktionen zur Verfügung stehe. Als „kontraproduktiv“ bezeichnete Klaus Wowereit die Streiks im Orchesterbereich, hier erwartet er mehr Solidarität zwischen den Orchestern einer Stiftung.

Der Friedrichstadtpalast hat sich unter neuer Leitung aus seiner schwierigen finanziellen Situation befreien können, in der Wiederinbetriebnahme des Schloßpark-Theaters, das „sich weiter etablieren muss“, sieht er eine mutige Entscheidung. Die Kritiker, die zunächst den Leerstand beklagt hätten und nun ein Scheitern prophezeiten, forderte er auf, „die Zwischenzeit zu nutzen und selbst ins Theater zu gehen“. Dann komme es gar nicht erst zum Scheitern des Projekts.

Klaus Wowereit wies auf die Bedeutung der Freien Szene und des Tanzes hin, auf die Orchester, die es zu erhalten gelte. Etabliert hat sich in Berlin auch eine aktive Galerieszene. Während international tätige Galeristen früher nur Präsenz in Berlin zeigen wollten, gelte inzwischen, so Wowereit: „Heute wird auch hier gekauft.“ Nachdrücklich sprach sich Klaus Wowereit dafür aus, der privaten Galerie c/O, deren Fotoausstellungen im Postfuhramt sich als Publikumsmagnet erwiesen haben, einen Raum zu geben.

Raum braucht auch die zeitgenössische Berliner Kunst, betonte Klaus Wowereit und er kündigte an, in seinem Engagement für eine Kunsthalle nicht nachzulassen. Mit einer Bestandsaufnahme der Berliner Kunst, die im kommenden Jahr von zwei international erfahrenen Kuratoren vorgenommen und am Humboldthafen gezeigt werden soll, kann die Notwendigkeit noch einmal deutlich gemacht werden.

Klar ist für Klaus Wowereit auch, dass die Landesbibliothek, die aus allen Nähten platze, ihren Nutzern bessere Arbeitsbedingungen bieten müsse. Er warb dafür, die Bestände an einem Standort zusammenzuführen.

Ulrich Horb □

Gleichstellung:

# Frauen an die Spitze

## Gleichstellungsgesetz verbessert

Mit einer Reform des Berliner Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) wird jetzt der Anwendungsbereich des Gesetzes insbesondere bei der Besetzung von Vorstands- und Geschäftsführungspositionen der Landesbeteiligungen klargestellt.

„Unser Ziel ist, eine paritätische Teilhabe von Frauen gerade auch in den höheren Hierarchieebenen sicherzustellen“, erklärten die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ulrike Neumann, und der Arbeitskreisvorsitzende für Wirtschaft, Technologie und Frauen der SPD-Fraktion, Jörg Stroedter. „Bei neu zu besetzenden Stellen wird öffentliche Transparenz garantiert. Die Stellenbesetzung muss jetzt in Form einer Ausschreibung durchgeführt werden. Wir erhoffen uns dadurch einen deutlichen Anstieg von Frauen in Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung und in den Landesunternehmen Berlins.“

Ein weiterer Fortschritt ist bei der Durchsetzung von Gleichstellung in der privaten



Ulrike Neumann, Jörg Stroedter.

Foto: SPD

Wirtschaft gelungen. So wurden die Regelungen über die Auftragsvergabe verbessert. Durch die Einbeziehung der Bauwirtschaft und die vorgenommene Absenkung der Auftragshöhe werden deutlich mehr öffentliche Aufträge mit dem Gleichstellungsgebot verknüpft: Unternehmen, die für das Land Berlin arbeiten, müssen künftig mehr als bisher für die Frauenförderung in ihrem Betrieb tun. Außerdem wurden die Stellung und die Rechte der Frauenvertreterinnen in den Verwaltungen und Unternehmen gestärkt und verbessert. **BS** □

# Unterstützung für Integrationsgesetz

## Sachverständige bei der Anhörung: „Bedeutsame Richtungsentscheidung“

**Der Entwurf für ein Partizipations- und Integrationsgesetz ist auf Zustimmung der externen Sachverständigen aus der Wissenschaft und dem Landesbeirat für Integration und Migration gestoßen. Sie stützen damit die Positionen der rot-roten Koalition. Darauf hat die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ülker Radziwill, hingewiesen.**

So bezeichnete Prof. Hajo Funke (Freie Universität) den Gesetzentwurf als „bedeutende Richtungsentscheidung und großen Wurf“. Das Gesetz werde dazu führen, dass der öffentliche Dienst „fit wird für gelebte Integration in der vielfältigen Bevölkerung Berlins“ und dass interkulturelle Kompetenz ein „eigenständiges Qualitätsmerkmal“ werde. Damit übernehme Berlin mit seinen eigenen Institutionen eine Vorbildfunktion für die Öffnung und Demokratisierung der Stadtgesellschaft. Tatjana Forner vom Integrationsbeirat sagte, das Gesetz schaffe „ein neues Fundament für die Zukunft der demokratischen Stadtgesellschaft“.

Die Sachverständigen haben auch Veränderungen vorgeschlagen. Dazu zählen die Definition des Migrationshintergrunds, die Herausgabe des Integrations-Monitoring-Berichts im Zwei-Jahres-Rhythmus sowie die Evaluation des Gesetzes.

Auch die Liga der Berliner Wohlfahrtsverbände hat das geplante Partizipations- und Integrationsgesetz begrüßt. Es biete Chancen, die es zu nutzen gelte. „Berlin setzt damit ein Zeichen, dass die veränderte vielfältige Gesellschaft gewollt ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund Teil der Gesellschaft sind und sie aktiv mitgestalten. Das Gesetz ist von hohem Symbolwert als Bekenntnis zu einer Partizipations- und Integrationspolitik auf Augenhöhe“, heißt es in einer Erklärung der Liga, der u.a. die Berliner Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Diakonie angehören.

Die LIGA wertete positiv, dass mit dem Artikel I des Gesetzes die Beteiligungsrechte und -möglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund auf Senats- und Bezirksebene gestärkt und gesetzlich untermauert werden.

Ferner wird die interkulturelle Öffnung der Verwaltung als verbindlicher Auftrag formuliert. Ziel ist, dass sich die Vielfalt der Bevölkerung auch in der Beschäftigtenstruktur der staatlichen Institutionen wiederfindet - ohne starre Quoten. Um dies zu erreichen sollen bei Bewerbungen künftig Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Qualifikation Berücksichtigung finden.

Die Liga begrüßte ausdrücklich, dass der Artikelcharakter des Gesetzes bei allen Ge-

Wohnen:

## Schwusos Mitte diskutieren die „Ehe für alle“

**Am 16. November laden die Schwusos Mitte im Lichtburgforum Berlin-Gesundbrunnen zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Vielfalt oder Einfall – Eine Ehe für Alle?“, u.a. mit Justizsenatorin Gisela von der Aue und der Bundstagsabgeordneten Eva Högl. Moderiert wird der Abend von Markus Pauzenberger (MdB) in Zusammenarbeit mit Anne Bohnet (Vorsitzende Schwusos Mitte).**

In Deutschland gibt es die Ehe und es gibt die eingetragene Lebenspartnerschaft, die peu à peu mit mehr Rechten ausgestattet wird. Damit wollen sich die in homosexuellen Partnerschaften, in Regenbogenfamilien, in verschiedensten Patchwork-Konstellationen zusammen lebenden Menschen nicht abfinden. Die Diskussion geht daher der Frage nach: Was wäre denn falsch an einer Öffnung der Ehe für Alle, wie sie in so vielen europäischen Ländern schon durchgesetzt wurde? **BS** □

➔ Ort: Lichtburgforum, Behmstraße 13, U- und S-Bahn Gesundbrunnen, Beginn: 20.00 Uhr

setzesnovellierungen zukünftig eine Prüfung in Bezug auf notwendige Partizipations- und Integrationsmaßnahmen im Sinne des PartIntG vorsehe.

Darüber hinaus sind alle Maßnahmen und Vorhaben daraufhin zu prüfen, ob sie der Vielfalt der Stadtbevölkerung gerecht werden – also nicht diskriminierend wirken sondern partizipatorisch und integrationsfördernd.

Allerdings werde das geplante Gesetz integrative Maßnahmen in den Bereichen Arbeit, Bildung, sozialräumlicher Zusammenhalt, die im Berliner Integrationskonzept formuliert sind, nicht überflüssig machen.

Die Vorschläge werden in den Fraktionen genau geprüft, das Gesetz gegebenenfalls entsprechend geändert, erklärten die beiden Abgeordneten. Damit sei das Gesetz ein wichtiger Einstieg in die konstruktive und demokratische Weiterentwicklung der Berliner Integrationspolitik in unserer vielfältigen Stadtgesellschaft und ein wichtiger Kontrapunkt zur spalterischen Debatte auf der Bundesebene. Denn diese Debatte führe zu Entsolidarisierung und Ausgrenzung.

Ülker Radziwill schlug deshalb auch vor, den Begriff „Integrationsverweigerer“ zum Unwort des Jahres zu erklären.

**BS** □

Zukunftswerkstätten:

# Ausgezeichnete Projekte

## Die SPD kommt ins Gespräch

**Gleich vier der 20 Preisträger beim bundesweiten Wettbewerb der SPD um kreative Ideen und Konzepte für Zukunftswerkstätten kommen aus Berlin. Unterstützt werden die vier Projekte mit je 500 Euro aus dem Zukunftsfonds.**

Ausgezeichnet wurde die Abteilung Wilmersdorf-Nord (s. BS 19) für ihr Konzept der Anwohnerbeteiligung bei der Planung für den Olivaer Platz. Auch das Projekt „Demokratie und Freiheit: Treptow-Köpenick bleibt bunt“ des SPD-Kreises erhielt die Auszeichnung, das Konzept wird zu Beginn des kommenden Jahres umgesetzt.

Die Abteilung 13 der SPD Friedrichshain-Kreuzberg hat mit ihrem Konzept „Wir sehen rot. Sehr Ihr auch Rot?“ überzeugt. „Wir werden zwei Fish-Bowl-Diskussionen mit Brunch zum Thema Mobilität und Bildung im 1. Quartal 2011 machen“, so der Abteilungsvorsitzende Sven Heinemann. Bei der Fishbowl-Methode (auch Innen-/Außenkreis-Methode) diskutiert eine kleine Gruppe von Teilnehmern des Plenums im Innenkreis (im „Goldfisch-Glas“) exemplarisch die Thematik, während die übrigen Teilnehmer in einem Außenkreis die Diskussion beobachten, um später dann mit Teilnehmern des Innenkreises zu tauschen. Die rund zweistündige Veranstaltung will die Abteilung beim Thema Verkehr u.a. die Initiative Runder Tisch Ostkreuz, die Initiative Radwege in Friedrichshain, Naturfreunde, ADFC Berlin, Verkehrstadtrat, Wissenschaftler/innen und vor allem Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. „Langfristiges Ziel ist die Etablierung eines Sorgen/Mitmach-Forums im Kiez unter dem Motto: ‚Wir sehen Rot. Seht Ihr auch Rot?‘ zu aktuellen Themen im Kiez“, so Sven Heinemann.



Mitreden bei den Zukunftswerkstätten.

Auch die Abteilung Treptow erhielt einen Preis: Sie hat eine Zukunftswerkstatt eingerichtet, um zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern die Entwicklung des Ortsteils voranzutreiben. Welche Angebote werden benötigt, wie soll der Ortsteil im Jahr 2015 aussehen? Diese Themen soll die Zukunftswerkstatt anpacken. Alexander Freier: „Die Initiatoren der Zukunftswerkstatt sind eine bunte Gruppe aus der KungerkiezInitiative, dem Kinder- und Jugendzirkus Cabuwazi, der Schulstation Bouché-Grundschule, Wagendorf Lohmühle und der SPD Alt-Treptow/Plänterwald. Die Ergebnisse dieser offenen Zukunftswerkstatt werden die Grundlage einer gemeinsamen Arbeit aller Projekte und BürgerInnen dieses Kiezes sein können, die wir auch den kommunalen EntscheidungsträgerInnen - also der Bezirksbürgermeisterin, StadträtInnen und Bezirksverordneten - übergeben.“

Das erste Treffen findet am Samstag, 27. November 2010, von 10 Uhr bis 17 Uhr im Kinder- und Jugendzirkus Cabuwazi, Bouchéstr. 74, 12435 Berlin, Anmeldungen (bis 22. November 2010) bei alexander.freier@gmail.com. **uh** □

## Neuer Feminismus, alte Probleme?

Jusos laden am 20. November zum Frauenverbandstag

**Am 20. November veranstalten die Jusos Berlin den „Frauenverbandstag 2010“.**

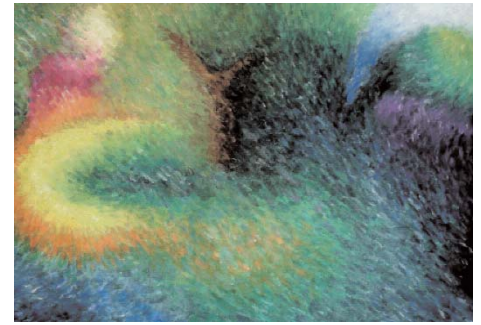
Themen der Workshops, die ab 10 Uhr stattfinden, sind Fragen zum modernen Feminismus, zu Geschlechterbildern in den Medien, zu neuen Feminismen in der politischen Linken in Berlin oder zu Grenzen und Widersprüchen des Feminismus.

Am Nachmittag geht es um den politischen Alltag junger Frauen. Dazu sind Frauen aus unterschiedlichen Generationen eingeladen, um über ihre Erfahrungen zu sprechen und alte und neue Klippen

und Probleme herausarbeiten, an denen Frauen in der Politik gescheitert sind oder noch heute scheitern.

Abschließend soll es darum gehen, sich über bestehende Möglichkeiten auszutauschen, sich in der SPD, bei den Jusos und darüber hinaus unter jungen Frauen zu vernetzen. Diskutiert werden auch, was an Angeboten noch fehlt, was wirklich gebraucht wird, aber auch, was eher Ressourcen kostet als Kraft gibt. **BS** □

➡ Nähere Informationen und Anmeldung bei Helene Sommer unter helene-sommer@mac.com.



Schulhof, 2010: Bild von Duygu Ayalp.

## Unterricht als Schule des Sehens

Arbeiten von Schülerinnen und Schülern des Gebrüder-Montgolfier-Gymnasiums sind in der Galerie „KUNST trifft POLITIK“ im Kreisbüro der SPD Treptow-Köpenick, Grünauer Str. 8, Gartenhaus, 12557 Berlin, zu sehen. Die Arbeiten stehen unter dem Motto „Unterricht als Schule des Sehens“. Die Vernissage findet am Mittwoch, dem 24. November um 18 Uhr statt. **PM** □

## 4. Dialog der Religionen

**Die Spandauer SPD lädt am Mittwoch, dem 24.11.2010, um 19 Uhr zum 4. „Dialog der Religionen“. Die Veranstaltung hat das Thema „Demokratie und Religion in einer modernen Metropole“.**

Am „Dialog der Religionen“ nehmen diesmal Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz teil. Eingeladen zum gemeinsamen Gedankenaustausch sind wieder Vertreter aller Religionsgemeinschaften aus dem Bezirk.

Veranstaltungsort ist das Dr. Hermann-Kantorowicz-Haus in der Schönwalder Str. 50 - 52, 13585 Berlin. **PM** □

## Hunger nach Solidarität

**Das August-Bebel-Institut eröffnet am Sonntag, dem 14. November 2010, um 16 Uhr, in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus die Ausstellung „Hunger nach Solidarität“.**

Zu sehen sind Ergebnisse eines nicht-kommerziellen Plakatwettbewerbs im Rahmen des entwicklungspolitischen SO-DI-Bildungsprogramms „Hunger nach Solidarität“. **BS** □

➡ Ausstellung: 14. November bis 3. Dezember 2010. Öffnungszeiten Mo-Fr, 14-18 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Landesparteitag:

# Viel zu entscheiden

## Delegierten liegt Antragsbuch mit 135 Seiten vor

**Einer der Anträge aus dem 135seitigen Antragsbuch zum Landesparteitag hat es bis in die „Berliner Morgenpost“ geschafft. Darin geht es um bezahlbare Bierpreise bei SPD-Sommerfesten. Im eigentlichen Mittelpunkt des Parteitags stehen allerdings andere Themen - „Sozialstaatliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung“ oder „Neue Industrialisierung“.**

Neben dem umfangreichen Antrag zur Industriepolitik des Fachausschusses Wirtschaft und Arbeit, der aus der Antragskommission noch ergänzt wurde, liegen zu verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge Anträge aus den Kreisen vor. Die Empfehlungen der Antragskommission, etwa zu einem umfangreichen Antrag aus Steglitz-Zehlendorf, wird es erst auf dem Parteitag selbst geben. Zur Festlegung der Wasserpreise liegt z.B. ein Antrag aus Friedrichshain-Kreuzberg vor, die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf fordert in einem Antrag „Energie in kommunale Hand“ und die Gründung eines Stadtwerks zunächst für den Kauf der Netze. Pankow und Mitte setzen sich ebenfalls für einen Erwerb der Energienetze ein. Bei der Berliner Immobilienholding BIH spricht sich die Antragskommission für eine Prüfung aus, ob und unter welchen Konditionen der Berliner Immobilienbestand an landeseigene Unternehmen übertragen werden kann.

Mehrere Anträge befassen sich mit der

## Schwusos Spandau gegründet

**Die SCHWUSOS (Arbeitsgemeinschaft der Schwulen und Lesben in der SPD) sind nun auch in Spandau vertreten. Die SCHWUSOS vertreten die Interessen von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen.**

Die Gründungsversammlung wählte Peter Mabbett (46) zum Vorsitzenden. Stellvertreter wurden Jürgen Jänen und der Bezirksverordnete Michael Althoff, Schriftführer ist Olaf Schütt. Einstimmig forderte die AG die Kreisdelegiertenversammlung der Spandauer SPD auf, ihr BVV Mitglied Michael Althoff wieder auf einem aussichtsreichen Platz auf der Liste für die Wahlen im kommenden Jahr abzusichern.

„Diskriminierungen jeglicher Art haben in unserer Gesellschaft keinen Platz“, so Mabbett in einem ersten Statement. „Wir laden auch aufgeklärte heterosexuelle Menschen zur Mitarbeit ein. Gerne sind wir Ansprechpartner für alle Lesben, Schwule, Trans- und Intersexuelle in Spandau“. Kontakt: mabbett@alice-dsl.net



Parteitagsdelegierte.

Foto: Horb

Entwicklung des ehemaligen Flughafengeländes in Tempelhof. Der von der Antragskommission zur Annahme empfohlene Antrag aus Tempelhof-Schöneberg begrüßt u.a. den Bau einer Landeszentralbibliothek am Tempelhofer Damm, spricht sich aber - angesichts eines großen Defizits an Sportplätzen in den angrenzenden Bezirken - gegen eine Bebauung am Rand des Columbiadamm aus.

Ablehnung empfiehlt die Antragskommission für einen statutenändernden Antrag, bei Sachfragen keine geheimen Abstimmungen mehr zuzulassen. **BS □**

➔ Landesparteitag der Berliner SPD, Samstag, 13. November 2010, Beginn: 9.30 Uhr (Einlass ab 8.30 Uhr). Seminaris Campus Hotel Berlin-Dahlem, Takustr. 39, 14195 Berlin. Alle Anträge unter [www.spd-berlin.de/lpt2010-11](http://www.spd-berlin.de/lpt2010-11).

## Gedenken der Schwusos



*Am diesjährigen Reformationstag besuchten die Schwusos Brandenburg, die Schwusos Spandau und Vertreter von Verdi gemeinsam die Gedenkstätte KZ Sachsenhausen. Dort gedachte man der homosexuellen Opfern der Nazi Diktatur. In einem Rundgang durch die Gedenkstätte wurde den Teilnehmenden das unmenschliche System von Sachsenhausen plastisch dargestellt. In einer Schweigeminute legte man einen Kranz im Gedenken an die ermordeten Homosexuellen im Konzentrationslager Sachsenhausen nieder. Im Anschluss fand ein Gespräch mit den Teilnehmenden und dem Leiter der Gedenkstätte Prof. Morsch statt.*

Foto: Jänen

## FRAKTION INTERN

**Stadtteiltage im November.** Gegen grauen Novembertag setzt die Berliner SPD-Fraktion die bunte Vielfalt der Stadtteiltage. In Reinickendorf lädt der direkt gewählte Abgeordnete und Präsident des Abgeordnetenhauses, Walter Momper, am 19. November 2010 zum Gespräch ein. Bürgerinnen und Bürger können Walter Momper von 13.00 bis 14.00 Uhr am Infostand in der Residenzstraße/Amendestraße treffen oder von 16.30 bis 18.00 Uhr zur Sprechstunde mit Kaffee und Kuchen in die Residenzstraße 125 kommen. Am Vormittag besucht Momper die Paul-Löbe-Schule, eine Sekundarschule, und die Firma Alba in der Flottenstraße. Am Nachmittag schaut er beim Kiez-Management Lettelpfad vorbei.

Der Abgeordnete und finanzpolitische Sprecher Stefan Zackenfels ist beim Stadtteiltag in Kreuzberg-Friedrichshain am 22. November vor Ort und diskutiert über aktuelle Entwicklungen im Bezirk. Seine Route: Infostand U-Bahnhof Kochstraße (7.30 Uhr), Blumengroßmarkt (10.30 Uhr), Admiralbrücke (11.30 Uhr), RAW-Tempelgelände/Skatehalle Berlin (12.30 Uhr), Familienzentrum Menschenskind (14.00 Uhr) und Boxhagener Kiez (15.30 Uhr). Außerdem besucht Zackenfels das JobCenter Friedrichshain-Kreuzberg und moderiert die Podiumsdiskussion „Macht Wohnungsneubau noch oder wieder Sinn?“.

In Spandau können Bürgerinnen und Bürger am 24. November den Abgeordneten und integrationspolitischen Sprecher Raed Saleh begleiten. Auf dem Programm stehen unter anderem um 9.00 Uhr der Besuch der Bruno-Gehrke-Sporthalle und um 11.30 Uhr der Besuch der B.-Traven-Oberschule mit Bildungssenator Zöllner. Am Nachmittag um 16.00 Uhr startet Saleh mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD, Michael Müller, an der Lutherkirche zur „Stark ohne Gewalt“-Kiezstreife. Den Abschluss bildet am Abend der „Dialog der Religionen“ mit Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse.

Mehr Informationen über die Berliner Stadtteiltage unter [www.spdfraktion-berlin.de](http://www.spdfraktion-berlin.de) oder Tel. 23 25 22 34.

**Älter werden - mobil bleiben.** Für die Veranstaltung am 18. November um 16.30 Uhr sind noch Anmeldungen möglich. Bei der Podiumsdiskussion im Berliner Abgeordnetenhaus geht es um Anforderungen an die Verkehrsunternehmen für einen altersgerechten Öffentlichen Personennahverkehr, Mobilitätsverhalten und Verkehrssicherheit im Alter. Anmeldung unter: Tel. 23 25 22 22, Fax: 23 25 22 29, E-Mail: [spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de](mailto:spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de) **C.S. □**

Entwicklungspolitik:

# Globale Verantwortung wahrnehmen!

## Wieczorek-Zeul fordert Vorrang für Abrüstung, Armutsbekämpfung und Klimaschutz

**Spektakuläre Proteste gegen Stuttgart 21 und die Castor-Transporte - wenig spektakuläre und zu wenig nachhaltige Proteste gegen den Skandal des Umgangs mit den Ursachen und Folgen der Weltfinanzkrise für die Ärmsten bei uns und in den Entwicklungsländern, Abflauen sichtbarer Demonstrationen für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, für eine effektive Regulierung der Finanzindustrie und eine Heranziehung der Verursacher der Krise bei der Bezahlung der Kosten, keine spektakulären Proteste für den Klimaschutz und für den Weltfrieden und leider auch fehlendes anhaltendes Interesse an den globalen Problemen in der SPD - vor diesem ernüchternden Hintergrund lud der Fachausschuss Internationales der SPD Berlin ein in das Abgeordnetenhaus unter dem Thema „Verspielen wir die Zukunft? Klimapolitik und globale Armutsbekämpfung im Schatten der Finanzkrise“**

Der in diesem Titel enthaltene Skandal lässt sich an einigen markanten Zahlen festmachen: Mehrere Billionen Dollar für die Rettung des internationalen Bankensystems und für Konjunkturprogramme in den Industrieländern und großen Schwellenländern zur Begrenzung der realwirtschaftlichen Folgen der Weltfinanzkrise, Billionen Dollar für weitgehend gescheiterte Versuche von militärischen Konfliktlösungen (mit einer Billion Dollar beziffert die US-Regierung allein die offiziellen Kosten des Irak-Krieges für die USA), Wiederanstieg der weltweiten Rüstungsausgaben seit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Hoffnung auf eine Friedensdividende von etwa 700 Mrd. Dollar auf 1,3 Billionen Dollar jährlich, von denen etwa die Hälfte von den USA „aufgebracht“ werden. Dagegen stagniert die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe für die „unterentwickelten“ Länder bei 120 Mrd. Dollar, also weniger als einem Zehntel dieser horrenden Rüstungsausgaben. Dies übersteigt nur wenig den Betrag, den Migrantinnen und Migranten jährlich von ihrem knappen Einkommen in ihre Heimat überweisen.

**VERFEHLTE DEUTSCHE POLITIK  
ZUR BEWÄLTIGUNG DER FOLGEN  
DER WELTFINANZKRISE**

Das Referat der langjährigen Ministerin, die Einführung in die Problematik durch den FA I - Vorsitzenden Niedermeyer und



*Heidemarie Wieczorek-Zeul und Karl-Heinz Niedermeyer, Vorsitzender des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin, auf der Diskussionsveranstaltung des Fachausschusses am 25. Oktober.*

die Diskussionsbeiträge des sehr interessierten und vom Engagement, dem Charme und der weltumspannenden Kompetenz der Referentin beeindruckten Publikums formulierten ein deutliches Armutszeugnis für die Krisenpolitik der Bundesregierung.

Deutschland „bewältigt“ die Folgen der Weltfinanzkrise mit dem Anziehen der Daumenschrauben für die Schuldnerländer in der EU und Lehrmeisterallüren, welche die vertrauensvolle Zusammenarbeit in der EU und damit ihre Weiterentwicklung gefährden.

**SCHULDENBREMSE ALS  
VORWAND**

Die Schuldenbremse im Grundgesetz wird als Vorwand benutzt nicht für das faktische Einfrieren der Grundsicherung für die Ärmsten im eigenen Land und die Einschränkung der Finanzmittel der Kommunen bis zur Unfähigkeit, die für die Bürger notwendigen Investitionen zu tätigen, sondern auch für das Zurückfahren der Mittel für die Entwicklungshilfe, für den globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS und Malaria und auch der Mittel für die Unterstützung von Frauen in Entwicklungsländern, die durch Folgen von fehlender medizinischer Begleitung von Geburten, etwa durch Zysten in der Gebärmutter für ihr Leben gesundheitlich geschädigt und sozial ausgegrenzt werden.

Dazu kommt die „Rückabwicklung“ von wesentlichen positiven Weichenstellungen in der nationalen und globalen Entwicklungspolitik aus der Dienstzeit der am

längsten und erfolgreichsten amtierenden Entwicklungsministerin der Bundesrepublik Deutschland.

Die schwarzgelbe Regierung mit BMZ-Minister Niebel, der dieses Ministerium im Wahlkampf ja noch abschaffen wollte, versteht Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr als globale Friedens- und Strukturpolitik und wesentliche Strategie zur Entschärfung und Lösung globaler Konflikte, sondern als Medium zur Realisierung eigenwirtschaftlicher Interessen und der Wirtschaftsförderung, in der zivilmilitärischen Zusammenarbeit z.B. in Afghanistan in verstärktem Maße auch als zivile Flankierung militärischer Einsätze. Das Bundeswehrkäppi auf Dienstreisen des Ministers in Afrika ist zum negativen Symbol für diese fatale Wendung in der entwicklungspolitischen Philosophie der schwarzgelben Bundesregierung geworden.

Ganz im Sinne des auch in der Atompolitik zum Mantra erhobenen Vorrangs von Wirtschafts- und Industrieinteressen haben die Bundesregierung und die Kanzlerin persönlich mit nationalen Maßnahmen und Interventionen bei der EU zur Abschwächung der Anstrengungen zur Erreichung der Klimaschutzziele von Kyoto und Kopenhagen beigetragen. Die Bundesregierung trägt auch wesentliche Verantwortung für die unbefriedigenden Ergebnisse der New Yorker Konferenz zu den Millennium Entwicklungszielen. Sie hat praktisch nichts dazu beigetragen, dem Wiederanstieg der Zahl der nicht ausreichend ernährten Menschen auf der Erde auf etwa eine Milliarde und dem weiteren Anstieg der Zahl der absolut Armen entgegenzuwirken.

**HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL  
UND HERMANN SCHEER ALS  
SYMBOLFIGUREN**

Angesichts dieser auch durch den Macht- und Bedeutungsverlust der deutschen und europäischen Sozialdemokratie mit bedingten Rückschritte erinnerte Karl-Heinz Niedermeyer in seiner Einführung an das epochale Engagements von Hermann Scheer zur Eröffnung des Solarzeitalters, dessen früher Tod die Menschheit um eine Zukunftshoffnung ärmer mache.

Er erinnerte weiterhin an die Errungenschaften und Erfolge von Heidemarie Wieczorek-Zeul in elf Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung, die nicht nur in der Konzeption neuer Strategien und Instrumente der Friedens- und Entwicklungspolitik, sondern auch in deren



**Fortsetzung von Seite 8**

Umsetzung in Regierungshandeln und deren internationaler Durchsetzung liegen. Dazu gehören

○ die Entschuldungsinitiative HIPC für die ärmsten Entwicklungsländer im Umfang von etwa 50 Mrd. Dollar

○ die Einrichtung eines zivilen Friedensdienstes und des Freiwilligen-Programms für Jugendliche „Weltwärts“

○ die Trendumkehr in der nationalen und globalen Entwicklungsfinanzierung und die Annäherung an die von den UN gesetzte Marke für die öffentliche Entwicklungshilfe von 0,7 %

○ die Prüfung der Praxistauglichkeit neuer Finanzierungsinstrumente für die Entwicklungszusammenarbeit wie der Tobin-Steuer

○ die Umsteuerung der Politik von Weltbank und IWF in der Entwicklungsfinanzierung in Richtung Nachhaltigkeit

○ die Verankerung der Millennium Entwicklungsziele als Rahmen für die globale Strukturpolitik der nächsten Jahrzehnte

○ der einzigartige Beitrag der Ministerin zur moralischen und politischen Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands mit der Bitte um Vergebung für die deutschen Verbrechen an den Herero und Nama bei ihrem Besuch in Namibia 2004

GELERNE LEKTIONEN UND  
AKTUELLE AUFGABEN

Wieczorek-Zeul ließ deutlich erkennen,

dass für sie die aktuellen Anstrengungen zur Reform der UN und der Bretton-Woods-Institutionen (etwa des Internationalen Währungsfonds) keine ausreichende Antwort auf die mit einander verbundenen Krisen Weltfinanz- und Wirtschaftskrise, Weltagrar- und Ernährungskrise und die Bedrohung durch den Klimawandel einschließlich der Konflikte um Rohstoffe, Energiequellen und Wasserreserven bilden. Es kann nicht nur um eine Umverteilung der Macht innerhalb der G 20 gehen, die sich von diesen drei Krisen fast ausschließlich und auch noch einseitig im Sinne der Kapitalinteressen der Industriestaaten um die Stabilität des Weltfinanzsystems kümmern.

Die Referentin forderte die Ergänzung des derzeitigen Weltsicherheitsrats um einen Rat für wirtschaftliche und soziale Sicherheit mit gleichrangigen Kompetenzen, der in der Lage sein müsse, sich der in der Veranstaltung deutlich gewordenen dringenden globalen Probleme anzunehmen.

Auf der Agenda der deutschen und internationalen Sozialdemokratie müssten weiterhin die Bändigung des globalen Kapitalismus und die Überwindung von Krieg und Gewalt als Mittel der Konfliktlösung ganz vorne stehen.

Waffenexporte unter öffentliche Kontrolle stellen

Im Hinblick auf den letzten Punkt bat die Ex-Ministerin um Unterstützung für eine Initiative zur Einrichtung eines öffentlich tagenden parlamentarischen Kontrollgremiums für deutsche Waffenexporte an

geschlossen werden. Natürlich müssen dann die Straßenreinigungsgebühren erhöht werden, und zwar um jenen Betrag, den die Hauseigentümer jetzt den Privaten zahlen. Der Rationalisierungsgewinn dient der Zahlung von vernünftigen Löhnen.

Natürlich wird die Erhöhung der Gebühren von den Medien polemisch dem Senat angelastet werden. Ist das die Angst? Meine Kostenschätzung werden wir doch wohl noch erklären können. Oder haben wir Angst vor den Vertretern der Hauseigentümer mit ihrer bekannten BSR-Phobie?

Es sollte auch dort langsam bekannt sein, dass im Städtevergleich die BSR sehr günstige Tarife hat. Also soll die BSR den Winterdienst nicht nur auf Straßen, Plätzen, in Fußgängerzonen und an Bushaltestellen in bewährter Weise vornehmen, sondern künftig auch auf Gehwegen.

Die breitere Kehrwendel ist da eher nicht das Hauptproblem. Da wollte uns Daniel Buchholz wohl aufs Glatteis führen.

**Dr. Manfred Breitenkamp** □

Stelle des geheim tagenden Bundessicherheitsrats. Deutschland müsse den zweifelhaften Status des drittgrößten Waffenexporteurs der Welt möglichst schnell verlieren.

Der Fachausschuss will zu diesem Anliegen einen Antrag für den nächsten Landesparteitag der Berliner SPD auf den Weg bringen. **Karl-Heinz Niedermeyer** □

☞ Kontakt: karl-heinz\_niedermeyer@web.de

## Debatte zum Einsatz in Afghanistan

**Die Arbeitsgemeinschaft 60plus der Charlottenburg-Wilmersdorfer SPD lädt am 23. November 2010 zu einer Informationsveranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Angelika Graf und mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz ein. Thema ist die aktuelle Entwicklung in Afghanistan.**

☞ Ort: Rathaus Charlottenburg, 10585 Berlin, Otto-Suhr-Allee 100, Minna Cauer Saal, Uhrzeit: 18.30 bis 21.00 Uhr

**„Afghanistan – zwischen militärischer Logik und ziviler Strategie“ lautet das Thema einer Veranstaltung, zu der die Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion am 24. November einlädt.**

Die Diskussion des Afghanistan-Mandats soll auf breitestmöglicher Grundlage und mit umfassender Beteiligung in Gesellschaft, Wissenschaft und Politik erfolgen. Die Parlamentarische Linke hat im Juli 2010 einen Afghanistan-Reader vorgelegt (abrufbar unter [www.parlamentarische-linke.de](http://www.parlamentarische-linke.de)), der auf der Veranstaltung vorgestellt und diskutiert werden soll. Es diskutieren Gernot Erler (MdB Stellvertreter Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und Menschenrechte), Rainer Arnold (MdB Sprecher der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Fraktionsvorstandes), Dr. Ute Finkh (Vorsitzende des Bundes für soziale Verteidigung) und Dr. Almut Wieland-Karimi (Direktorin des Zentrums für internationale Friedenseinsätze) **PM** □

☞ Diskussion am Mittwoch, den 24. November 2010, um 19.00 Uhr, Deutscher Bundestag, Reichstagsgebäude, SPD-Fraktionsvorstandssaal, Anmeldung unter [www.parlamentarische-linke.de](http://www.parlamentarische-linke.de), Bundestags-Externe müssen sich bis spätestens Montag, 22. November, 12.00 Uhr, anmelden, 1/2 Std. vor Beginn der Veranstaltung am Nordeingang des Reichstagsgebäudes (Spreeseite) sein und ihren Personalausweis mitbringen.

## POST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

WARUM DEN WINTERDIENST  
PRIVATEN ÜBERLASSEN?

**Zu: BS 21, „Nicht aufs Glatteis führen lassen“ von Daniel Buchholz**

Öffentliche Daseinsvorsorge ist jetzt wieder ein wichtiges Thema in unserer Partei geworden. Warum gilt das nicht für den Winterdienst? Die BSR fegt unsere Gehwege, entfernt das Herbstlaub und sammelt die Weihnachtsbäume ein. Nur bei Schnee und Eis überlassen wir den Privaten die Gehwege. Mit dem bekannten Ergebnis. In unserer Kudamm-Seitenstraße mit 15 Häusern sind 3 verschiedene Privaträume unterwegs. Das bedeutet: 3 Fahrzeuge fahren her und nehmen bei jeweils 10 Häusern die Bürsten hoch. Das ist nicht effektiv und teuer.

Warum übertragen wir diese Aufgabe nicht der BSR? Sie könnte dann den Winterdienst straßen- oder quartiersweise auch an private Unternehmen übertragen. Das wäre effektiver und billiger. Pauschale Dumpinglöhne könnten vertraglich ausge-

Südafrika:

# Von der Toleranz können wir lernen

Peter Senft Im Interview: Wo steht das Land am Kap heute?

**Peter Senft aus der Dahlemer SPD war vor der Kreisfusion Kreisvorsitzender der Zehlendorfer SPD, im SPD-Parlament als Berliner Vertreter. Beruflich ist er Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall. Seit Januar 2010 ist er nach vierjähriger Tätigkeit als Sozialattaché an der Deutschen Botschaft in Pretoria wieder in Berlin. Dort war er Vorsitzender des SPD-Ortsvereins in Pretoria. Er arbeitet zur Zeit in Brüssel und Berlin für den Europäischen Metallarbeiterbund (EMB) und leitet den Sektor Internationale Handelspolitik.**

**Berliner Stimme:** Peter, Du warst vier Jahre Diplomat am Kap, Deine Gewerkschaftsarbeit führt Dich auch heute noch an das Land am Kap. Gerade warst Du wieder in Südafrika. Wo steht das Land heute?

**Peter Senft:** Auf diese Frage gibt es keine einfache Antwort. Dreihundert Jahren Kolonisierung, vierzig Jahre übelster Ausbeutung durch menschenverachtende Apartheid lassen sich in 16 Jahren nicht auslöschen. Das Land besticht durch seine landschaftliche Schönheit, den Reichtum an Pflanzen und Tieren, seinen Reichtum an Menschen, die von einem unbändigen Freiheitswillen beseelt sind und trotz der Armut einen erstaunlichen Lebensmut haben. Das Land ist mehrfach zweigeteilt, in Schwarze und Farbige einerseits sowie Weiße andererseits, in reiche Industriezentren um Johannesburg, Durban und Kapstadt einerseits und arme Provinzen mit bitterarmer Landbevölkerung, reich und arm nebeneinander und Südafrika als Wirtschaftsmotor im Gegensatz zum gesamten Kontinent.

**Berliner Stimme:** Was heißt Wirtschaftsmotor?

**Peter Senft:** In Südafrika wird 35% des gesamten Bruttoinlandsprodukts des afrikanischen Kontinents produziert, davon wiederum 55% nur in der Provinz Gauteng mit Johannesburg und der Hauptstadt Pretoria. Wichtigste Wirtschaftsgüter sind Bodenschätze, Gold, Platin, Silber, Kohle, Uran, Chrom, Bauxit, alles was die Industrie braucht, ist in Hülle und Fülle vorhanden. Kohlevorkommen reichen, bei einer Ausbeute wie in den letzten fünf Jahren, noch einmal 400 Jahre. Südafrika könnte mit Landwirtschaftsprodukten autark sein, gäbe es eine effektive Landwirtschaft. Südafrika hat eine Pflanzenvielfalt wie ganz Europa. Alle Klimazonen kommen vor. Südafrika ist eine Industrienation, aber eben nur mit relativ wenig Beschäftigten. BMW und Mercedes produzieren die 3-er Serie und die C-Serie mit jeweils über 50.000



*Peter Senft war vier Jahre als Sozialattaché an der Deutschen Botschaft in Pretoria tätig.*

Stück jährlich, Volkswagen produziert den neuen Polo mit fast 300.000 Stück jährlich; alle bekannten deutschen Automobilzulieferer produzieren am Kap. BMW und Mercedes produzieren jeweils 80% für den Export, vornehmlich USA, Volkswagen zu 95% für den südafrikanischen Markt. Ebenso produzieren Nissan, Toyota, Ford und General Motors hohe Stückzahlen in Südafrika. Es sind aber nur 110.000 Menschen in der Automobilindustrie und bei den Zulieferern beschäftigt.

**Berliner Stimme:** Bei diesen Fakten und Zahlen müsste es den Menschen in Südafrika doch gut gehen?

**Peter Senft:** Hier werden die Narben der Apartheid deutlich. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt bei 26%; rechnet man alle Arbeitslosen ein, kommt man unter Schwarzen und Farbigen auf 40% Arbeitslosigkeit. Bei etwa 7,5 Millionen Beschäftigten hat das Land 12,5 Millionen Sozialhilfeempfänger. Ein Arbeiter bei Mercedes ernährt 12 Erwachsene. Mercedes produziert in der ärmsten Provinz Eastern Cape. In der reichsten Provinz Gauteng, wo BMW produziert, ernährt ein Arbeiter immer noch sechs Erwachsene. Ohne die Substitution in den Familienverbänden würde es im reichen Südafrika Hungertote geben. Südafrika hat die größte nationale Differenz zwischen arm und reich (GINI-Koeffizient). In Südafrika haben 18% der Menschen das HI-Virus; täglich stecken sich 900 Menschen an, täglich sterben 1000 Menschen an AIDS. Langsam, sehr langsam gehen diese hohen Zahlen zurück. Jede Familie in Südafrika ist betroffen.

**Berliner Stimme:** Nun regiert der ANC

seit 1994. Zunächst mit Nelson Mandela als Präsident, dann gefolgt von Thabo Mbeki und Kgalema Motlanthe und jetzt mit Jacob Zuma. Warum hat sich bis jetzt nichts geändert oder nur wenig geändert?

**Peter Senft:** An den Eigentumsverhältnissen hat sich nichts geändert. Seit 1994 haben lediglich 2,8% der Schwarzen, Farbigen und Inder Eigentum an Produktion und Dienstleistungen erwerben können, dies immer noch zu 80% finanziert durch die vier großen Banken in den Händen von Weißen. Mandela, Mbeki, Motlanthe und Zuma fahren eine vorsichtige Politik der Umwandlung, hauptsächlich um ausländisches Kapital im Land zu halten und neues Kapital zu bekommen. Deutschland ist einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Südafrikas.

Viel wurde erreicht. 1994 waren nur 20% der Haushalte an Wasser angeschlossen, heute sind es 86%; 1994 waren 25% an das Abwassernetz angeschlossen, heute sind es 80%; 95% verfügen über Elektrizitätsanschluss, 1994 waren es nur 35%. Bis auf ein Krankenhaus in SOWETO gab es kein Krankenhaus, keinen Arzt in einer Township, heute hat jede Township zumindest eine Sanitätsstation. Erst bei diesen Zahlen werden die Narben der Apartheid deutlich.

**Berliner Stimme:** Man hört so viel über Korruption in Südafrika?

**Peter Senft:** Korruption ist an der Tagesordnung, sie wird jedoch massiv bekämpft. Es gibt hier einen Kulturkampf. Über Jahrhunderte war es in den Stammes Traditionen üblich, die Führer, die Ältesten, mit „Geschenken“, mit „Respekt“, zu bedenken. Heute geschieht das mit Geld; da fehlt es am Verständnis von Korruption. In einer Mangelgesellschaft gibt es immer diese negativen Auswirkungen. Wir Deutschen sollten da zuerst bei uns im eigenen Lande für Ordnung sorgen, in einem Land ohne Mangel! Hinzu kommt die Haltung, „nach so viel Leid und soviel Kampf sind wir jetzt dran“. Auswüchse in die falsche Richtung, erklärlich, aber nicht entschuldbar. Bei dem Unterschied von arm und reich wundert mich, dass es bis jetzt keinen gewaltsamen Aufbruch gegeben hat. Das sollte die Weltgemeinschaft immer positiv sehen.

Im übrigen gibt es im demokratischen Südafrika noch 14 Königreiche, die staatlich gefördert werden. Es gibt Parallelstrukturen, die nicht einfach zueinander passen, aber nötig sind, um das Land zusammen zu halten.

**Berliner Stimme:** Welche Rolle spielt der ANC?

weiter Seite 11

**Fortsetzung von Seite 10**

**Peter Senft:** Der ANC ist eine Freiheitsbewegung, gegründet 1912 in der Philosophie Mahatma Gandhis, der zu der Zeit in Südafrika lebte. 25 Jahre prägte er auch hier das Bild des gewaltlosen Kampfes der Nichtweißen gegenüber den Weißen. Erst 1960, nach fast 50 Jahren vergeblichen Kampf gegen die weiße militärische und politische Übermacht, entschied sich der ANC zum bewaffneten Kampf. Ohne diesen Kampf, der tausenden Schwarzen, Farbigen und Indern das Leben kostete, gäbe es heute kein demokratisches Südafrika.

Heute steht der ANC als Garant für die Freiheit im Lande, als Bewahrer der Freiheitscharta von 1955 und als Hüter der Verfassung von 1996. Nur wenige Stimmen fehlten bei der Wahl im April 2009 zur Zweidrittelmehrheit; in den Jahren zuvor gab es die Zweidrittelmehrheit; der ANC nutzte dies aber gegen Minderheiten nicht aus. Bei 79% Schwarzen, 9,2% Farbigen, 9% Weißen und 2,8% Inder und Asiaten ist das Wahlergebnis nicht verwunderlich. Verwunderlich ist schon, mit welcher Disziplin die Wahlen seit 1994 durchgeführt wurden. Das ist in der Weltöffentlichkeit wenig zur Kenntnis genommen worden: keine Ausschreitungen, disziplinierte Teilnahme aller Schichten, geordnete Stimmauszählung, ordentliche Gerichte bei Wahlanfechtungen und Akzeptanz dieser Entscheidungen. Wo gibt es das in Afrika ein zweites Mal?

**Berliner Stimme:** Welche Opposition gibt es zum ANC?

**Peter Senft:** Sie ist relativ klein. Neben etwa 11 kleinen Parteien mit Parlamentsmandaten gibt es die Democratic Alliance (DA) mit 15% Wahlanteil; sie ist vergleichbar mit der FDP und arbeitet mit dieser eng zusammen. Die Abspaltung vom ANC, Congress of the People (COPE), bekam wenige Wochen nach Gründung auf Anhieb 7% der Stimmen. DA ist die weiße liberale Partei, mit Helen Zille, der Premierministerin von Western Cape, an der Spitze, COPE ist die liberale schwarze Partei; beide zusammen würden dem ANC wirksam Paroli bieten können, allerdings ist wegen der Hautfarben ein Zusammengehen im Moment nicht denkbar.

**Berliner Stimme:** Du bist Gewerkschafter und warst über IG Metall und DGB in den Auswärtigen Dienst für vier Jahre abgeordnet und Sozialreferent an der Botschaft in Pretoria. Wie sieht die Gewerkschaftslandschaft aus?

**Peter Senft:** In Südafrika gibt es 239 registrierte Gewerkschaften, etwa 80 erfüllen die Kriterien, die wir in Deutschland an Gewerkschaften legen, die anderen sind Berufsverbände. Drei große Dachverbände sind erwähnenswert. COSATU, die größte mit 2 Millionen Mitgliedern, ist mit dem ANC und der kommunistischen Partei



Die südafrikanische Nationalversammlung in Kapstadt. Quelle: <http://en.wikipedia.org>

SACP in einer Regierungsallianz seit 1994; COSATU ist in dieser Konstellation die einzige, weil legitimiert, ernst zu nehmende politische Opposition zum ANC. Ohne COSATU würde vieles „geräuschloser“ ablaufen. Die anderen Verbände sind FEDUSA mit 650.000 Mitgliedern und CONWASU mit 500.000 Mitgliedern.

Hier zeigt sich die Zweiteilung ein weiteres Mal: in der formellen Wirtschaft gibt es jährliche Lohnsteigerungen von 10% und mehr (bei einer Inflationsrate von unter 5%) und dagegen stehen 60% der Beschäftigten in der informellen Wirtschaft, auf dem Lande, als Tagelöhner ohne Arbeitsvertrag, als Straßenhändler, als Parkwächter etc.

In der formellen Wirtschaft sind Gewerkschaften vergleichbar mit europäischen

Gewerkschaften, zum Teil mit deutschen Gewerkschaften. Seit den 70er Jahren gibt es enge Kontakte zwischen IG Metall, IG BCE, GEW und deren Schwestergewerkschaften. Über die Automobilindustrie und die Betriebsräte sowie die Mitbestimmung gibt es einen engen Austausch, auch in der Philosophie der Tarifgestaltung.

**Berliner Stimme:** Was brachte die Fußballweltmeisterschaft für Südafrika?

**Peter Senft:** Zunächst einmal ein Fest der Freude, viel Verständnis für die Menschen am Kap und deren Lebensbedingungen. Man konnte die Lebensfreude miterleben und dass in Afrika guter Fußball gespielt wird. Trotz Winter auf der Südhalbkugel und dem frühen Ausscheiden von Bafana Bafana, wie die südafrikanische Nationalmannschaft liebevoll heißt, gab es eine ungebrochene Lebensfreude. Südafrika ist enger zusammen gerückt. Schwierig ist nun die Zeit danach. Viele gute Stadien, eine noch bessere Infrastruktur in den Metropolen, aber nach dem Bauboom kommt jetzt der Kater - oder nicht. Das ist die entscheidende Frage.

**Berliner Stimme:** Präsident Zuma ist in der Welt in den Schlagzeilen wegen Polygamie und nicht wegen der Politik. Warum?

**Peter Senft:** Weil man nicht sieht, wie er die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zusammenhält. Mandela war der Charismatiker, Mbeki der Intellektuelle ohne Kontakt zum Volk, und Zuma hält die Menschen zusammen. Bei 14 schwarzen Ethnien, 11 gelebten Amtssprachen und weiteren 15 durch die Verfassung geschützten Sprachen - darunter Deutsch - wird die Vielfalt und die Herausforderung deutlich, dieses Land zu führen. Zuma schafft das. In Südafrika wird oberflächlich ein christliches Weltbild zur Schau getragen, dahinter verbergen sich aber klassische, ethnische Philosophien und Verhaltensweisen. Dazu gehört auch Polygamie. Europa ist auch in Südafrika gegenwärtig; auf den Hinweis auf Polygamie angesprochen antwortete Zuma prompt: Und in Deutschland gibt es einen bayrischen, katholischen Ministerpräsidenten, der seine Sekretärin schwängert und nicht dazu steht. Dann fehlt einem ein Gegenargument.

Bei 49,5 Millionen Einwohnern leben fast 7 Millionen afrikanische Ausländer in Südafrika, davon 3,5 Millionen aus Simbabwe. Schon das ist Sprengstoff genug, wird aber unter Schwierigkeiten bewältigt.

Es gibt in Südafrika überzeugte Kommunisten, die am Sonntag als Prediger in ihrer evangelischen Freikirche auftreten, ohne dass jemand Kritik übt oder an den Überzeugungen zweifelt. Es gibt soviel Parallelen, die gelebt werden und von viel Toleranz zeugen. Von dieser Toleranz und den lachenden Menschen können wir noch viel lernen.

**Interview: Burkhard Zimmermann** □

## Einladung zum Dialogforum

**Am Freitag, den 19. November und am Samstag, den 20. November 2010 beschließt das August-Bebel-Institut die Veranstaltungsreihe „50 Jahre Afrikanische (Un) Abhängigkeiten“ mit einem Dialogforum und einem Workshop mit dem Thema „50 Jahre afrikanische (Un)Abhängigkeiten - 50 Jahre Widerstand gegen Entwicklungszusammenarbeit?“**

➡ Fr, 19. November, 19–21 Uhr, Dialogforum, Galerie im Kurt Schumacher Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, U-Bhf. Wedding, beitragsfrei, Anmeldung erbeten, Veranstaltung P 96

➡ Sa, 20. November, 10-17 Uhr, Workshop, Galerie im Kurt Schumacher Haus, Beitrag 10 € inkl. Verpflegung und Getränke, Anmeldung bis 16. November, Veranstaltung P 97

➡ Anmeldung per Mail unter kontakt@august-bebel-institut.de oder Tel. 4692-121

Rezension:

# Welchen Einfluss hatte die SEW wirklich?

Thomas Klein untersuchte das Wirken einer „isolierten Splitterpartei“ in West-Berlin

**Der Stellenwert einer wissenschaftlichen Untersuchung über den Westberliner Ableger der in der DDR regierenden Staatspartei und auch trotz wiederholter Umbenennung (seit 1958) stets nur scheinbar unabhängigen Kleinstpartei erschließt sich nicht sofort. In mehreren Darstellungen ist die politische Einflusslosigkeit der SEW, deren doktrinaire Programmatik und Praxis, vor allem aber deren politische Fernsteuerung und finanzielle Abhängigkeit von der DDR, überzeugend nachgewiesen worden.**

Dem Autor, als Zeithistoriker durch einige beeindruckende Studien zu Fragen des Stalinismus und zur Opposition in der DDR bestens ausgewiesen, geht es jedoch um eine Fragestellung, die seit 1990 erneut thematisiert wurde, ohne, wie der Autor urteilt, hinreichend beantwortet worden zu sein. Thomas Klein will die „tatsächliche Wirkungskraft“ (9) der in Westberlin seit 1946 stets legal tätigen SED/SEW und ihrer Jugendorganisation FDJ auf die in den sechziger Jahren entstehende linksalternative Protestbewegung bis hin zur Friedensbewegung der achtziger Jahre untersuchen.

## FERNGESTEUERTE LINKSALTERNATIVE?

Nach 1990 wurde von einigen Autoren behauptet, die linksalternative Protestbewegung und die Friedensbewegung in der Bundesrepublik seien durch die SED aus der DDR ferngesteuert worden, in Westberlin mit Hilfe ihres Westberliner Ablegers. Der Autor will diese Behauptungen prüfen. In der ausführlich belegten Beantwortung dieser Frage liegt der wissenschaftliche Wert der Monographie von Klein.

## ISOLIERTE SPLITTERPARTEI

Der Autor macht ohne Einschränkung deutlich, dass die SED, später SEW, in Westberlin schon in den frühen fünfziger Jahren eine „isolierte Splitterpartei“ (60) geworden war und das auch bis zu ihrem Ende im Jahre 1990 geblieben ist. Wenn die Partei ein „Stachel“ war, dann sicher ein sehr kleiner. Ausgehend von seiner Fragestellung, wieweit die „Wirkungsmacht“ der politischen Einflussnahme der SED und seines Westberliner Ablegers SEW reichte, sind drei längere Exkurse des Autors besonders gelungen.

In den ersten beiden Exkursen prüft Klein den seit 1990 mehrfach behaupteten

Thomas Klein:  
*SEW - Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“?, Berlin: Christoph Links Verlag 2009, ISBN-13 9783861535591 Broschiert, 312 Seiten, 29,90 EUR*



angeblichen „operativen Infiltrationserfolg“ der SEW (bzw. der DKP) im Hinblick auf die Studentenbewegung der sechziger und siebziger Jahre (171 ff.) und auf die Friedensbewegung der achtziger Jahre (234 ff.). Ein dritter Exkurs gilt der Hypothese, die Bundesrepublik sei ob dieses angeblichen Erfolgs zu Recht eine „unterwanderte Republik“ (245 ff.) zu nennen und die Geschichte der Bundesrepublik müsse deshalb neu geschrieben werden.

Angesichts so vieler inzwischen bekannter Informeller Mitarbeiter der Stasi in zahlreichen Organisationen der Bundesrepublik sei eine solche These natürlich ernsthaft zu prüfen, wie Klein betont. Von der Existenz der Stasi-Mitarbeiter umstandslos auf eine erfolgreiche Steuerung dieser Organisationen zu schließen, sei jedoch, wie Klein kritisiert, wissenschaftlich wenig seriös. Er kommt daher, überzeugend argumentierend, zu einem vernichtenden Urteil über diejenigen Historiker, die so fadenscheinig belegte Hypothesen weiterhin in Umlauf bringen.

## DER SDS ALS „FEINDORGANISATION“

Das beginnt bei dem angeblich gesteuerten Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der in der Studentenbewegung der sechziger Jahre eine wichtige Rolle spielte. Das Ergebnis der Analyse Klein fällt eindeutig aus. Die DDR-Machthaber hatten spätestens 1967 begriffen, dass „der SDS nicht als potentielle Bündnis-, sondern eher als Feindorganisation anzusehen“ (179) war.

Das galt umso mehr nach dem 21. August 1968, als besonders in Westberlin der SDS jede Zusammenarbeit mit der SEW oder FDJ ablehnte, wenn diese nicht den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pak-

tes in die CSSR „verurteilten“ (183). Ähnliche Belege bringt Klein auch für andere Organisationen in Westberlin wie etwa den Republikanischen Club, obwohl auch dieser eine Reihe von IMs in seinen Reihen hatte.

## KURZER AUFSCHWUNG MIT DER FRIEDENSBEWEGUNG

In den späten siebziger und beginnenden achtziger Jahren waren SED /SEW noch mehr an der erfolgreich agierenden Friedensbewegung interessiert. Die „neue Friedensbewegung“ bescherte der SEW in Westberlin und der DKP in der übrigen Bundesrepublik sogar einen „kurzen Aufschwung“ (233). Das bedeutete jedoch keinesfalls, dass sich dieser Aufschwung in wachsenden Mitgliederzahlen, geschweige denn in Wählerstimmen niederschlug. Im Gegenteil, die Talfahrt bei den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus ging noch weiter.

Die wenigen neuen Mitglieder waren aus der Sicht der Parteiführung eher ein „Risikopotential“ (169), dem mit einer rigiden Ausschlusspolitik zu begegnen war (258 ff.). Von einem Einfluss auf die linksalternative Szene in Westberlin konnte auch keine Rede sein, obwohl die Zahl der IMs gewachsen war. Als die inzwischen entstandene Grüne Partei bzw. die Alternative Liste in Westberlin Solidarität mit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR forderten, war die Zeit der Lippenbekenntnisse über eine mögliche Zusammenarbeit schnell vorbei. (236).

## SEW UND AUTONOME IN GEGENSEITIGER ABNEIGUNG

In den späten achtziger Jahren nahm die Distanz zu der linken Szene noch mehr zu. Der sogenannte „Häuserkampf“ in Westberlin bedeutete für die SEW eine weitere Hürde für eine eigentlich gewollte Bündnispolitik. „Für Parteien wie die SED oder die SEW waren ‚Autonome‘ unbegreiflich und die Abneigung gegenseitig (242).“

In mancher Hinsicht ist das Buch von Klein allerdings ein „Schnellschuss“. Der Autor versucht, das engere Thema seiner Darstellung, die Geschichte der SEW, sehr holzschnittartig in den größeren Zusammenhang der Geschichte der Bundesrepublik einschließlich Westberlins einzuordnen. Zur Geschichte des politischen Systems und zur Geschichte der politischen Parteien gibt es eine Fülle von umfassend

**Fortsetzung S. 13**

**Fortsetzung von Seite 12**

informierender Sekundärliteratur, die nicht mit herangezogen wurde. Nur so sind wohl auch manche kleinere und größere Fehler besonders über die weitgehend unbekannte Geschichte der SPD in Ostberlin, aber auch Fehleinschätzungen der politischen Entwicklung zu erklären.

Die Darstellung der Geschichte der SPD nach 1945 ist sehr summarisch und darum auch oft schief geraten. So bekämpfte die SED die SPD nicht erst seit der Verabschiedung des Godesberger Programms im Jahre 1959 als „Partei des Verrats an der Sache der Arbeiterklasse“ (99), sondern schon immer.

Es geht auch an den realen Problemen der bundesdeutschen Nachkriegsentwicklung vorbei, wenn aus den skandalösen Nachkriegskarrieren früherer Nazis auf eine „Renazifizierung der Justiz in Westdeutschland“ (39) geschlossen wird. Es reicht nicht, diese pauschale Behauptung in einer Fußnote etwas zu differenzieren.

**KEINE BELEGE FÜR  
UNTERWANDERUNG**

Hinsichtlich seiner Fragestellung kommt der Autor jedoch zu einer akribisch belegten und überzeugenden Antwort. Von einer auch nur ansatzweise erfolgreichen

„Fernsteuerung“ von Organisationen und Gruppen der linksalternativen Szene in der Bundesrepublik einschließlich Westberlins kann keine Rede sein.

Für den Autor bleibt daher die Frage, warum es nach 1990 erneut zu einer solchen ‚Konjunktur‘ von Unterwanderungshypothesen kam. Auch dafür hat Thomas Klein eine Antwort: „Der anklagende Gestus in der Rede von einer aus der DDR ‚gesteuerten‘ Friedensbewegung, der ‚unterwanderten Studentenbewegung‘ [...] folgt eher einem politisch-ideologischen Impetus als einem zeithistorisch-investigativen Interesse (253 f.).“

**Siegfried Heimann** □

## „Ein Laie ist dem Volke zugehörig“

Heinz Giese ist im Alter von 91 Jahren gestorben

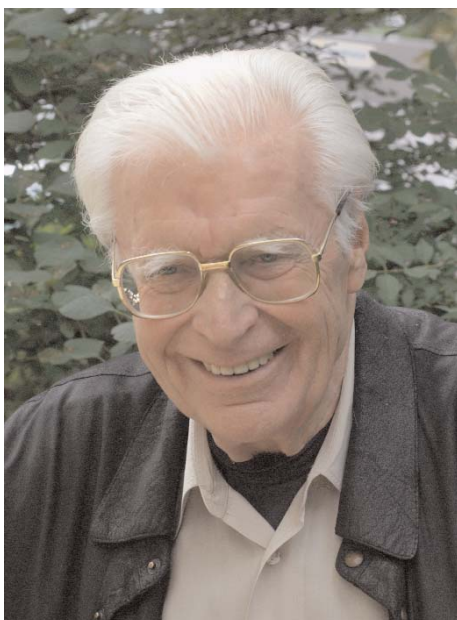
**Vor bald 60 Jahren, im Jahre 1952, trat Heinz Giese der SPD wegen ihres Einsatzes gegen die Wiederbewaffnung bei. Aktiv wurde er aber erst viel später. Den Anstoß dazu gab der Tod von Benno Ohnesorg. Bei den innerparteilichen Wahlen 1975 wäre er sogar fast Abteilungsvorsitzender in Nikolassee geworden. Er unterlag Günter Struve denkbar knapp mit 57:58 Stimmen. Das waren damals Zeiten harter Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln - und nicht nur in Nikolassee, wo er bis zu seinem Tode wohnte.**

Für und in der SPD war er auf vielfältige Weise tätig. Man muss heute allerdings schon zur älteren Generation gehören, um sich an seine Ansagen auf Wahlveranstaltungen zu erinnern oder an seine Redebeiträge als Delegierter auf Landesparteitagen. Darin war immer auch ein Stück moralischer Appell enthalten.

Berühmt wurde in den frühen 80ern seine gegen das „Experten-Unwesen“ gerichtete „Laien-Rede“: „Ein Laie, sagt das Wörterbuch, ist dem Volke, nicht dem Priesterstande zugehörig.“

Wenn er auftrat, z.B. bei Vorbereitungstreffen einer Auschwitz-Fahrt mit seinem Freund Harry Ristock oder einer von Manfred Rexin gestalteten Gedenkveranstaltung, dann hatte vorher die Technik überprüft zu sein und zu funktionieren, genau wie der Text, den er sprach, sorgfältig vorbereitet war. Darin war er ganz genau und penibel.

Heinz fand viele Freunde, die ihn als Menschen und als politischen Kopf schätzten, darunter Klaus Bölling, Walter Momper, Wolfgang Roth, Klaus Schütz, und natürlich viele aus seinem alten Heimatkreis Zehlendorf. Es war gut, dass man in der SPD nicht nur Genossen, sondern auch Menschen trifft. Er mochte sie, wie sie ihn mochten, aber man tut ihm nicht unrecht, wenn man sagt, dass er sich auch gern ein



Heinz Giese, geboren in Stettin am 5.6.1919, gestorben in Berlin am 19.10.2010. Foto: Glaser

wenig im Lichte der befreundeten Prominenz sonnte.

Politik war jedoch nie sein Broterwerb. Er war mit Leib und Seele Schauspieler und Regisseur. Auf der Bühne, im Fernsehen, auf der Leinwand, im Hörfunk. Er liebte seine sonore Stimme als Synchronsprecher manch einer Berühmtheit, war viele Jahre als Synchronregisseur tätig. Auch aus seiner beruflichen Welt kamen viele seiner Freunde: Horst Borasch, Dieter Finnen, Edith Hancke, Dieter Hildebrandt, Volker Ludwig, Klaus Sonnenschein, Wolfgang Völz, um nur einige zu nennen.

Verheiratet war er seit 1954 mit der Schauspielerin und Kabarettistin Ingeborg Wellmann. Jetzt ist er aus dieser Welt gegangen. In der Traueranzeige seiner Freunde stand allein: „Wir haben einen Freund verloren.“ Ja. Und er wird fehlen. Wir wollen ihn nicht vergessen.

**Holger Hübner** □

**Buchtipps:**

Die SPD, die Linke und ein Blick in die Zukunft

**„Der Blick in die Vergangenheit darf uns den Blick in die Zukunft nicht verbauen“, so lautet ein Wunsch der beiden Autoren Egon Bahr und Reinhard Höppner am Ende ihres jetzt im Vorwärts-Buchverlag erschienenen Bandes „Die SPD und die Linke“. Enthalten sind darin zwei erklärende Rückblicke aus Ost- und West-Sicht, die das schwierige Verhältnis zwischen SPD und PDS bzw. Linke beschreiben, dabei aber durchaus Perspektiven eröffnen.**

Zu den Botschaften des kleinen Büchleins gehört die Mahnung an die SPD, sich auf ihre historischen Wurzeln und die eigene Stärke zu besinnen, keine Berührungsängste zu politischen Gegnern zu haben und selbstbewusst in die Zukunft zu gehen. Da werde die SPD gebraucht, weil sie die Kraft sei, die sich um den Zusammenhalt der Gesellschaft kümmere.

Egon Bahr verfolgt in seinem Aufsatz die „langen Linien der Geschichte“, er erinnert an die Spaltung in SPD und USPD während des 1. Weltkrieges und den erbitterten Kampf der KPD gegen den „Hauptfeind“ SPD in der Weimarer Republik. Das Verständnis von Freiheit wurde zu einer wichtigen Trennlinie zwischen SPD und KPD auch nach 1945. Ob eine Zusammenarbeit mit der Linken auf Bundesebene heute möglich ist, hängt für Bahr ganz wesentlich von der Klärung ihres außenpolitischen Kurses ab. Reinhard Höppner beschreibt vor allem die praktischen Probleme, die es in der Zusammenarbeit gegeben hat. In vielen Politikfeldern aber denken SPD und Linke in die gleiche Richtung, stellt Höppner fest. Einer Unterscheidbarkeit wegen aber kann sich die SPD nicht von den eigenen Zielen distanzieren. Es ist anregendes Buch, das auch die unterschiedliche Sichtweise in Ost und West aufzeigt. (Bahr/Höppner, Die SPD und die Linke, Vorwärts-Buch, 10 EUR) **U.H.** □

# Trauer um Hans-Jürgen Heß

Der langjährige SPD-Abgeordnete starb mit 75 Jahren

**Im Alter von 75 Jahren ist am 29. Oktober 2010 der langjährige SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Heß verstorben.**

Hans-Jürgen Heß wurde am 12. Juni 1935 in Berlin geboren. Nach dem Abitur 1954 wurde er Postinspektor. Bis 1965 blieb er im Postdienst, von 1960 bis 1964 studierte er aber daneben an der FU Berlin und machte 1964 seinen Abschluss als Diplom-Politologe.

Schon seit seinem Eintritt in den Postdienst engagierte er sich auch in der Gewerkschaft. 1965 wurde er Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft Berlin, ein Amt, das er bis 1974 innehatte. Von 1974 bis 1999 war er Leiter der Verwaltung des Deutschen Bundestages in Berlin. Mit dem Umzug des Bundestags ins Reichstagsgebäude endete seine berufliche Tätigkeit in diesem geschichtsträchtigen Haus. Nach dem Umzug des Zentralverbandes der Ingenieurvereine (ZBI) e.V. von Bonn nach Berlin übernahm er ab 1. September 1999 die Geschäftsführung dieses Dachverbandes.

Seit 1958 war Hans-Jürgen Heß Mitglied der SPD. Von 1963 bis 71 gehörte er der BVV Zehlendorf an, von 1965 bis 69 war er stellvertretender Kreisvorsitzender der SPD Zehlendorf, schließlich von 1969 bis 71 Zehlendorfer Kreisvorsitzender. Daneben war

er Kreis-, Landes- und Bundesparteitagsdelegierter. Von April 1971 bis November 1975 sowie Februar 1976 bis Juni 1981 vertrat er Zehlendorf im Berliner Abgeordnetenhaus. Dann änderten sich in seinem Heimatbezirk die Mehrheitsverhältnisse.

In seiner Dissertation, die 1983 veröffentlicht wurde, befasste sich Hans-Jürgen Heß auch mit seiner Partei. Sie erschien unter dem Titel „Die Auswirkungen der Tätigkeit innerparteilicher Gruppierungen auf die Regierungsfunktion einer politischen Partei am Beispiel der Berliner SPD in den Jahren von 1963 bis 1981“.

Verheiratet war er mit Erika Heß, die von 1981 an bis zu ihrem Tod am 30. 5. 1986 als Bezirksbürgermeisterin die Geschicke des Wedding lenkte und dabei die Herzen der Menschen im Bezirk eroberte.

Hans-Jürgen Heß war ebenso wie Erika Heß vom nun „linken“ Zehlendorf in den Wedding gewechselt und wurde dort erneut für das Abgeordnetenhaus aufgestellt, dem er noch einmal von 1985 bis 1991 angehörte. Zudem kümmerte er sich um die Herausgabe der damaligen Weddinger SPD-Zeitung „N 65“

Neben der Politik galt seine Leidenschaft dem Fußball, von 1982 bis 1984 war er 1. Vorsitzender des FC Hertha 03 Zehlendorf.

U.H. □

## BUNDESTAGSABGEORDNETE

■ **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder [eva.hoegl@wk.bundestag.de](mailto:eva.hoegl@wk.bundestag.de). Nächster Termin: 15. November 2010, 16:00 - 18:30 Uhr, Wahlkreisbüro Dr. Eva Högl,

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Sprechstunden: Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de). Nächster Termin: Montag, 15. November 2010, von 15 bis 17 Uhr.

■ **MRECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. erreichbar: Mo/Mi/Fr 10.30 bis 14.00 Uhr, Di/Do 13.00 bis 18.00 Uhr, Sprechstunden nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten: [mrechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mrechthild.rawert@wk.bundestag.de) oder Tel. 720 13 884. Nächste Sprechstunde in Reinickendorf: Mittwoch, 8. Dezember

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, MdEP, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 36 75 70 90.

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Sprechstunden: Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88 oder per Mail: [wolfgang.thierse@wk.bundestag.de](mailto:wolfgang.thierse@wk.bundestag.de)

**Aus Datenschutzgründen  
nicht in der  
Internetversion enthalten**

## T ERMIN

- 13.11.2010, 09:30, **Landesparteitag der Berliner SPD**, Seminaris Campus Hotel, Takustr. 39, 14195 Berlin
- 14.11.2010, 10:00, SPD Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick, **Politischer Frühschoppen mit Ingeborg Junge-Reyer**, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin
- 14.11.2010, 11:00 - 14:00, ASF Reinickendorf, **Frauen-Polit-Brunch**, Restaurant Igel, Friederikestraße 33, 13505 Berlin, u.a. mit Mechthild Rawert, MdB, Brigitte Lange, MdB, Gisela von der Aue, Senatorin für Justiz
- 14.11.2010, 16:00 August-Bebel-Institut **Ausstellungseröffnung „Hunger nach Solidarität“**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 15.11.2010, 19:00, SPD Mitte - Abt. Luisenstadt, Eva Högl: **Bericht aus dem Bundestag**, Evangelische Schule, Wallstraße 32, 10179 Berlin
- 15.11.2010, 19:00 - 21:00, AG Migration / Ülker Radziwill, MdB, **Zwischen Fördern und Fordern - Welche Förderung ist für eine bessere Teilhabe von Migranten und Migrantinnen notwendig?** Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin Podiumsdiskussion mit Dr. Ehrhart Körting, Senator für Inneres und Sport, Raed Saleh, MdB, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Muharrem Aras, Rechtsanwalt und Mitglied Vorstand AG Migration Friedrichshain/Kreuzberg, Moderation: Ülker Radziwill, MdB, AG Migration
- 15.11.2010, 19:00, AWO Friedenau, **Franz Müntefering liest aus seinem Buch Macht Politik!** Freizeitstätte Stierstr. 20 a, Stierstr. 20 a, 12159 Berlin-Friedenau
- 16.11.2010, 18:30, SPD Treptow-Köpenick - AG Kultur, **Literatur macht Politik: Kästner im Film**, Mittelpunktbibliothek, Alter Markt 2, 12555 Berlin, Vortrag und Lesung mit Filmausschnitte, Gestaltung und Vortrag: Irina Vogt
- 16.11.2010, 19:30, Wolfgang Thierse, MdB, Wolfgang Thierse trifft ... Jürgen Tarrach (Schauspieler), Kulturbrauerei, Soda-Salon, Knaack- oder, Sredzkistraße, 10435 Berlin, Der Eintritt ist frei!
- 16.11.2010, 20:00, SPD Mitte - AG Schwuos, **Podiumsdiskussion: Vielfalt oder Einfalt - Eine Ehe für Alle?** Lichtburgforum, Behmstraße 13, 13357 Berlin
- 17.11.2010, 15:45, AG 60 plus - Charlottenburg-Wilmersdorf, **Besuch der neuen Synagoge Berlin - Centrum Judaicum**, Oranienburger Straße 18 - 30, 10117 Berlin
- 17.11.2010, 18:30, AGS Berlin, Zusammenarbeit **Berliner Unternehmen mit Unternehmen der russischen Föderation**, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Referent: Dr. Sergej Nikitin, Leiter der Repräsentanz Berlin der Handels- und Industriekammer der russischen Föderation

- 17.11.2010, 19:30 - 21:30, AG Migration, **Anonymisierte Bewerbungen - ein Weg zu mehr Chancengleichheit?** Stadtschloss Moabit, Rostocker Str 32, 10553 Berlin. Podiumsdiskussion mit Marc Schulte, stellvertretender SPD Landesvorsitzender, Ilkin Özisik, Vorsitzender der AG Migration SPD Mitte und des TSD e.V. Ülker Radziwill, MdB, Landesvorsitzende AG Migration
- 17.11.2010, 19:30, SPD Friedrichshain-Kreuzberg, Abt. 8,13 und AfA-Friedrichshain-Kreuzberg, **Die „Sparpakete“ der schwarz-gelben Regierung- Auswirkungen und Folgen für Berlin und unseren Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**. DIM 26, ehem. Städtische Blindenanstalt, 1.OG, Hinterhaus, Oranienstr. 26, 10999 Berlin. Dialogveranstaltung der SPD mit Gewerkschaften
- 18.11.2010, 16:30 - 19:00, SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Älter werden - mobil bleiben**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 18.11.2010, 18:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - AG Migration, **Die Situation von Flüchtlingen in Berlin**, SPD Kreisbüro Steglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249 Berlin, Informationsveranstaltung mit Joachim Rüffer, Leiter des Zentrums für Flüchtlingshilfe und Migrationsdienste (zfm), dem Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge
- 18.11.2010, 19:00, SPD Treptow-Köpenick, **Chancengleichheit für alle Kinder: Gesellschaftliche Teilhabe sichern - Kinderarmut bekämpfen**. Kita „Amtsfelder Knirpse“, Pablo-Neruda-Str. 12-13, 12559 Berlin, Diskussion mit Swen Schulz, Mitglied des Deutschen Bundestages
- 19.11.2010, 18:00, SPD und Jusos Treptow-Köpenick, **20 Jahre Wiedervereinigung, 20 Jahre Wiedervereinigung der SPD**, Kiezklub Johannisthal, Sterndamm 102, 12487 Berlin
- 19.11.2010, 19:00 - 21:00, August-Bebel-Institut, **Dialogforum: 50 Jahre afrikanische (Un)Abhängigkeiten - 50 Jahre Widerstand gegen, Entwicklungszusammenarbeit?** Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 20.11.2010, 10:00 - 14:00, August-Bebel-Institut, **Workshop: »Linke Lebensläufe«: Von wegen »Männerdomäne«!** Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 20.11.2010, 10:00 - 17:00, August-Bebel-Institut, **Vielfalt gestalten - Diversity für die ehrenamtliche politische Arbeit**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 22.11.2010, 18:30, Stolpersteine B 96 e.V. Ausstellungsbesuch: **Sonderausstellung - „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg“** Jüdischen Museum, Lindenstraße 9 - 14, 10969 Berlin. Führung kostenlos. Vor Ort wird nur der Eintrittspreis von 2,50 € pro Person fällig. Anmeldungen für die Veranstaltungen bitte per Mail an: info[at]stolpersteineB96.de oder telefonisch unter 0172 445 09 56

## Diskussion über die „digitale Gesellschaft“

**Der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. und das Kulturforum der Sozialdemokratie laden ein, die Auswirkungen digitaler Vernetzung auf die kulturelle Praxis und die Möglichkeiten eines grundsätzlichen Wandels kultureller und künstlerischer Produktion eingehend zu betrachten.**

Als kompetente und interessante Gäste diskutieren: Wolfgang Thierse, MdB, Vorsitzender Kulturforum der Sozialdemokratie, Prof. Geert Lovink, Medienwissenschaftler und Netzaktivist, Björn Böhning, Mitglied des SPD-Parteivorstands und Leiter des SPD-Gesprächskreises „Netzpolitik und digitale Gesellschaft“; Prof. Olía Lialina, Merz-Akademie Stuttgart, Sascha Lobo, Autor und Blogger; Kathrin Passig, Schriftstellerin und Journalistin; Prof. Tim Renner, Musikproduzent und Autor (Motor Entertainment), Siegmund Ehrmann, MdB, Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Kultur und Medien; Olaf Zimmermann, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat, Heiko Maas, MdL, Vorsitzender der Zukunftswerkstatt „Demokratie und Freiheit“, Einladung zur Podiumsdiskussion

➔ Dienstag, 23. November 2010, um 19.30 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin, Ausweis erforderlich

- 23.11.2010, 18:30 SPD Mitte, Diskussionsveranstaltung: **Gute Arbeit für Mitte - Politik und JobCenter im Gespräch**, OsramHöfe, Oudenerdar Str. 16 - 20, 13347 Berlin
- 23.11.2010, 18:30 - 21:00 **Aktuelle Entwicklung in Afghanistan** (siehe S. 9)
- 23.11.2010, 19:00 August-Bebel-Institut + SODI! Dokumentation **„Monsanto - Mit Gift und Genen“** - Filmvorführung und Gesprächsrunde, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 23.11.2010, 19:30 - 21:30 AG Migration **So nicht Herr Sarrazin!** Interkulturelles Nachbarschaftszentrum Divan e.V., Nehringstr. 26, 14059 Berlin
- 23.11.2010, 20:00 SPD Mitte - Abt. Alexanderplatz, **Die politischen Parteien im Herbst mit Thomas Steg**, Bürgerbüro, Brunnenstraße 167, 10119 Berlin
- 24.11.2010, 18:00 SPD Treptow-Köpenick **Vernissage der Ausstellung: IMPULS - Unterrecht als Schule des Sehens** (s. S. 6)
- 24.11.2010, 19:00 SPD Spandau, **Demokratie und Religion in einer modernen Metropole** - mit Wolfgang Thierse (s. S. 6)
- weitere Termine unter [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

## Paul Glasers Kreuzberg

Fotografien zeigen die Entwicklung des Bezirks von 1970 bis 2000

Seine Fotos und damit seine Sicht auf Menschen, Orte und Ereignisse, haben jahrelang auch die BERLINER STIMME geprägt. Immer wieder berichtete der Berliner Pressefotograf Paul Glaser aus Kreuzberg, dem sich am schnellsten verändernden Bezirk im alten West-Berlin. Jetzt zeigt das Kreuzberg-Museum in einer Ausstellung „Paul Glasers Kreuzberg“ mit einer Auswahl von Fotografien aus den Jahren 1970 bis 2000.

Drei Jahrzehnte hat Paul Glaser immer wieder Foto-Reportagen aus dem Bezirk geliefert. In der Gesamtschau zeigt sich nun der Veränderungsprozess. Heruntergekommene Altbauten mit Außentoiletten prägten das Bild des Bezirks im Schatten der Mauer. Mitte der sechziger Jahre begann die Zuwanderung von Migranten, neue Nachbarschaften entstanden. Paul Glaser beobachtete mit der Kamera die Veränderungen auf den Straßen, das Entstehen neuer Läden, Restaurants und Einrichtungen, das neue Miteinander in den Schulen, die gemeinsamen Feste.

Die Werkschau zeigt den Kampf um Bildung und politische Rechte, die Ausein-



Mittendrin: Paul Glasers Kreuzberg Foto: Glaser

dersetzungen um die Stadtentwicklung und die Hausbesetzungen. „Glaser gelingt ein Gesamtbild Kreuzbergs aus der Perspektive eines engagierten Fotografen und Journalisten“, so das Bezirksmuseum. **BS** □

➔ 20. November 2010 bis 9. Januar 2011, Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg, Adalbertstraße 95 A, 10999 Berlin Friedrichshain-Kreuzberg. Geöffnet: Mi - So, 12:00 bis 18:00 Uhr

## Lesung mit Werner Sonne

Buchvorstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus

In seinem neuen Roman „Und der Zukunft zugewandt“ beschreibt ARD-Journalist Werner Sonne die Nachkriegszeit in Berlin und die Zwangsvereinigung. Auf Einladung der BERLINER STIMME, des SPD Kulturforums und der Historischen Kommission kommt der Autor am 3. Dezember zu einer Lesung in die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus.

Werner Sonnes Roman beginnt in den letzten Kriegstagen 1945 und schildert Alltagsbedingungen und politische Ausein-

andersetzungen im Berlin der Besatzungszeit (siehe Buchbesprechung BS 19-2010). Hauptfigur des Romans ist ein junger Sozialdemokrat, der als Redakteur bei der SPD-Tageszeitung „Das Volk“ arbeitet. Der Historiker Siegfried Heimann gibt eine kurze Einführung in die Zeit, Werner Sonne liest Auszüge aus dem Roman und steht zum Gespräch zur Verfügung. **BS** □

➔ 3.12.2010, 19:00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin Um Anmeldung wird gebeten unter: [www.spd-berlin.de/werner-sonne](http://www.spd-berlin.de/werner-sonne)

Kabarett:

## Missverständnis mit Martin Buchholz

„Mißverstehen Sie mich bitte richtig“ heißt das aktuelle Programm des Kabarettisten Martin Buchholz. Und weil sich diesmal im Dezember kein Abendtermin mit ihm bei den „Wühlmäusen“ finden ließ, hat die SPD Dahlem kurzerhand einen eigenen Abend mit Martin Buchholz organisiert.

Gibt es ein Sarrazin-Gen, und wenn ja, ist es eine deutsche Erbkrankheit? Sind die Grünen auf dem Weg zur schwarzen Null?



Ist die Linke von Rechts wegen gar nicht links? Kein moderner Mythos, den Buchholz nicht mißversteht.

➔ Sonnabend, den 18. Dezember 2010, Beginn 20 Uhr, BALI-Kino, 14169 Berlin, Teltower Damm 33, Eintritt: 21,- Euro, Karten unter 891.6800 oder [burkhard.z@t-online.de](mailto:burkhard.z@t-online.de). TeilnehmerInnen erhalten nach der Reservierung eine Kontonummer, um den Kartenpreis zu überweisen.

## Kriminacht am 26.11.

Am 26. November um 19.30 Uhr lesen fünf Autorinnen der Krimivereinigung „Mörderische Schwestern“ (s. BS 21-2010) neue Kriminalgeschichten unter dem Motto „Tierisch böse“ in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163.

➔ Um Anmeldung wird gebeten unter: [www.spd-berlin.de/kriminacht](http://www.spd-berlin.de/kriminacht)